Irresberger, Carl
Das Deutsch-Österreichisch-Ungarische Wirtschafts- und Zollbündnis

HF
2103
I7

as Deutsch-Österreichisch-ngarische Wirtschafts- und Zollbündnis

Eine Studie mit besonderer Berücksichtigung des österreichisch-ungarischen Standpunktes

Von

Ingenieur **Carl Irresberger**
Gießereidirektor a. D.

Berlin
Verlag von Julius Springer
1916

701/7. 6.-

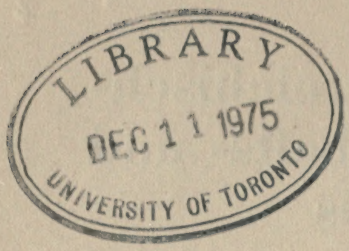
Das Deutsch-Österreichisch-Ungarische Wirtschafts- und Zollbündnis

Eine Studie mit besonderer Berücksichtigung des österreichisch-ungarischen Standpunktes

Von

Ingenieur **Carl Irresberger**
Gießereidirektor a. D.

Berlin
Verlag von Julius Springer
1916



HF
2103
I7

Alle Rechte, insbesondere das der Übersetzung
in fremde Sprachen, vorbehalten.

Vorwort.

Der Abdruck eines Vortrages des Verfassers, zur Bekämpfung der Zaghaftigkeit mancher österreichischer Kreise einem wirksamen wirtschaftlichen Zusammenschlusse der zentralen Kaisermächte gegenüber, war so rasch vergriffen, daß nur zu bald der umfangreichen Nachfrage nicht mehr entsprochen werden konnte.

Da, trotz der kurzen, seither verflossenen Zeit, die Ansichten über die zukünftige Gestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Mitteleuropa durch eine Reihe anderer Veröffentlichungen und durch Verhandlungen in wirtschaftspolitischen Versammlungen weiter geklärt und entwickelt wurden, erschien es geboten, an Stelle einer Neuauflage des ersten Abdruckes eine völlig neue Bearbeitung des Stoffes vorzunehmen und herauszugeben.

Möge es der neuen Veröffentlichung gelingen, beizutragen zur Vorbereitung und Verwirklichung eines innigen Zusammenschlusses der Wirtschaftsgebiete der heutigen Bundesgenossen, damit an der Seite des mächtigen Deutschen Reiches ein ebenso gesundes und starkes Österreich-Ungarn erblühe und, beide vereint, den Aufgaben der Zukunft ebenso gewachsen bleiben, wie sie es denen der Gegenwart gegenüber seither so glänzend gewesen sind.

Salzburg, Dezember 1915.

Carl Irresberger.

Inhaltsangabe.

I

Seite

Einleitung 1
Unsere wirtschaftliche Rückständigkeit 4
Ursachen der Rückständigkeit 5
Ist unsere Industrie an sich leistungsfähig? 11
Wie sind unsere Schwierigkeiten zu beheben? 13
Handelsvertrag 13
Gegenseitige Bevorzugung 13
Dreivorschlag 14
Zolleinigung 14
Schutzzoll, Freihandel, Weltwirtschaft 14
Die sachliche Begrenzung des kommenden Wirtschaftsbundes . . . 16
Übergangszeit, Zwischenzollinie und Geltungsdauer des Bündnisses . 18

II

Wirkung des Bündnisses (der Zolleinigung) auf österreichische Verhältnisse 21
Landwirtschaft 21
Eisen 22
Industriekapital 24
Wasserkräfte 24
Kolonien 25
Handel und Verkehr 26
Kartelle 27
Ungarn 28
Bosnien-Herzegowina 31
Allgemeine Wirkungen 31
Gefahren 31
Gefährdung der staatlichen Selbständigkeit 33
Bevölkerung im allgemeinen 34

III

Der Aufbau des Bündnisses 35
Zollordnung 35
Zoll- und Handelsbehörden 38
Gemeinsames Vorgehen dritten Staaten gegenüber 39

Einleitung.

Die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines engen wirtschaftlichen Zusammenschlusses der heute in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und im Deutschen Reiche vereinten Gebiete reicht weit zurück. Schon Fürst Metternich und Freiherr von Kübeck traten seit etwa 1840 für eine Annäherung Österreich-Ungarns und des Deutschen Zollvereins ein. Im Jahre 1850 sagte der österreichische Minister Bruck in einer Denkschrift[1]):

„Erst der ganz Deutschland und Österreich umfassende (Zoll-)Verein wird nicht bloß die Elbe, Weser, Ems, Oder ungeteilt sein nennen, er wird auch die Adria, wie die Nord- und Ostsee umschlingen, und das moralische Gewicht eines Millionen umfassenden Bündnisses, das politische Gewicht eines Handelsgebietes, wie die Geschichte kein zweites kennt, wird bald das übrige erringen, das ihm zur Erfüllung seiner weltgeschichtlichen Aufgabe noch fehlt."

Der im Jahre 1853 mit Preußen abgeschlossene Handels- und Zollvertrag, der die gänzliche Zolleinigung vorbereiten sollte, hatte sich bestens bewährt und wurde 1864 erneuert, nachdem ein im Jahre 1862 zwischen Preußen und Frankreich auf Grund der Meistbegünstigung abgeschlossener Handelsvertrag vorübergehend Störungen verursacht hatte. Die Ereignisse des Jahres 1866 rissen dann alle innigeren Beziehungen wieder ab. Im vergangenen Jahrhundert verhielt sich Preußen den wirtschaftlichen Annäherungsversuchen Österreichs gegenüber sehr wenig entgegenkommend, befürchtete es doch, daß infolge der territorialen Übermacht Österreichs und der zu ihm halten-

[1]) „Die Denkschriften des österreichischen Handelsministers über die österreichisch-deutsche Zoll- und Handelseinigung" (Wien, Verlag von Carl Gerold, 1850).

den Bundesstaaten aus dem wirtschaftlichen Übergewicht ein politisches erwachsen würde. Nicht mit Unrecht, der wirtschaftlich Stärkere wird stets auch zum politisch Stärkeren werden.

Heute sind gegen eine Zolleinigung sprechende politische Bedenken nicht mehr gerechtfertigt. Österreich erstrebt keinen politischen Einfluß im Deutschen Reiche und das Deutsche Reich keinen in Österreich-Ungarn; eine wirtschaftliche Einigung wird einzig dem Wirtschaftsleben beider Reiche zugute kommen.

Der Verlauf des Krieges hat zudem mit zwingender Deutlichkeit gezeigt, daß ein militärisches Zusammenwirken unmöglich ist ohne das engste wirtschaftliche Einverständnis. Die schwebende Frage — eine wahre Schicksalsfrage für alle Beteiligten — lautet heute nicht mehr *ob* wir uns auch wirtschaftlich zusammenschließen sollen, sondern nur noch *wie* der Zusammenschluß beschaffen sein soll.

Er kann in einer der Spielarten gegenseitiger Vorzugsbehandlung bestehen oder aber in der Vereinigung zu einem möglichst einheitlichen gemeinsamen Wirtschafts- und Zollgebiete. Da einerseits die zollpolitische Vorzugsbehandlung ausgebaut werden kann, fortschreitend bis zur völligen Zollgemeinsamkeit und anderseits der Zusammenschluß zur Zolleinheit nicht ohne weiteres, sondern nur durch allmählichen Abbau der bestehenden Zölle durchführbar ist, ergeben sich die mannigfaltigsten Formen des möglichen und wünschenswerten Zusammenschlusses.

Jeder dieser Wege bietet große Schwierigkeiten, und es wird niemand mit Bestimmtheit behaupten können, der eine oder der andere werde weniger Widerstände zu überwinden haben. Daher möge man die Schwierigkeiten getrost in Kauf nehmen, kleine selbstsüchtige politische und wirtschaftliche Interessen zurückstellen und dafür die großen vaterländischen Gesichtspunkte überragen lassen. Tut man das, so wird man *den* Weg beschreiten, der am sichersten und raschesten zur *vollkommenen* Zolleinigung führt.

Unsere allgemeine wirtschaftliche Lage ist, gemessen an der des Deutschen Reiches, höchst unerfreulich. Während vor dem Entstehen des Deutschen Reiches die wirtschaftliche Entwicklung der heute in seinem Rahmen vereinten Gebiete von derjenigen des österreichischen Gebietes durchschnittlich nicht allzuweit abstand, ist uns heute das Deutsche Reich wirtschaftlich

weit vorangekommen und damit sein Volksreichtum zwei- bis dreimal so groß geworden als der unsere.

Die Ursache der verschiedenen Entwicklung liegt nicht in geographischen und nur wenig in bestehenden ethnographischen Unterschieden, sondern vor allem in der verschiedenen Wirtschaftspolitik beider Staaten.

Die Frage über das „Wie" des wirtschafts- und zollpolitischen Zusammenschlusses lautet darum bei uns in Österreich-Ungarn: Sollen wir uns nur so weit zusammenschließen, als es unsere zurzeit bestehenden Zoll-, Steuer-, Geld- und anderen Verhältnisse ohne Schädigung irgendwelcher Sonderinteressen erlauben? Oder aber so weit, daß wir gezwungen werden, unsere Zoll-, Steuer-, Geld- und anderen Verhältnisse denen des Deutschen Reiches anzupassen, damit wir in den Stand gesetzt werden, ihm wirtschaftlich gleichzukommen und einst gleichen Schritt mit ihm zu halten? Die Antwort fällt nicht schwer. Handelt es sich für einen Staat von 53 Millionen Einwohnern darum, aus wirtschaftlich kranken Zuständen zur Gesundheit zu gelangen, so muß er sich einer sicheren Erfolg versprechenden Kur unterwerfen, selbst wenn sie schmerzhaft wäre. Erst die volle und uneingeschränkte Zolleinigung wird dieselben Wirtschaftsbedingungen hüben und drüben der Grenzpfähle und damit gleiche Entwicklungsmöglichkeit schaffen.

Die Tatsache einer solchen bevorstehenden Einigung wird bei uns mehr als alles andere, so manche sonst nur allzu laue Kräfte in Bewegung setzen, um die Hemmnisse zu beseitigen, die heute insbesondere auf den Gebieten der Besteuerung, der Zollgrundsätze und -handhabung, der Bahnen, der Währung, der öffentlichen Verwaltung u. a. m. unserer wirtschaftlichen Entwicklung im Wege sind.

Zu den allgemeinen, in beiden Reichen für eine Zolleinigung sprechenden politischen und wirtschaftlichen Gründen tritt bei uns in Österreich-Ungarn noch der besondere Zweck: **Beseitigung der bestehenden, unser Wirtschaftsleben niederhaltenden Hemmnisse.**

Unsere wirtschaftliche Rückständigkeit.

Während sich um die Mitte des vorigen Jahrhunderts der Staats- und Volksreichtum Österreich-Ungarns und der nun zum Deutschen Reiche zusammengeschlossenen Gebiete so ziemlich die Wage gehalten haben dürfte, wird heute das Vermögen Deutschlands auf 375[1]), das unsere aber nur auf 175[2]) Milliarden Mark geschätzt. Ein außerordentlicher Unterschied. Unsere vor Jahrzehnten aktive Handelsbilanz ist heute für die meisten Erzeugnisse passiv geworden, insbesondere im Verkehr mit dem Deutschen Reiche. Die Aus- und Einfuhr nach und von Deutschland betrug im Jahre 1912 in Millionen Mark:

	Ausfuhr:	Einfuhr:
Textilerzeugnisse	27,10	62,40
Leder- und Kautschukwaren . . .	25,40	75,01
Eisen, Metall, Maschinen	34,70	218,96
Instrumente und Uhren	21,80	27,70
Farben, Chemikalien u. ä.	25,00	57,55
Edelmetallwaren	—,—	25,00
Papier, Bücher, Bilder	5,40	54,90
	119,40	521,52

Das ergibt in der Gruppe Fabrikate — die angeführten Posten erschöpfen nicht die ganze Gruppe, sie zeigen nur die Zahlen der wichtigsten Industrieerzeugnisse — ein Passivum von über 402 Millionen. Wir werden aber nicht nur im Verkehre mit dem Deutschen Reiche immer weiter zurückgedrängt, auch am Balkan, in Kleinasien, in Ägypten, in Persien, überall verlieren wir an Boden, recht oft zugunsten des Deutschen Reiches. So führten wir im Jahre 1913 nach sechs Staaten Mittelamerikas, drei Staaten Ostasiens und vier selbständigen englischen Kolonien für 60 Millionen Mark, das Deutsche Reich dagegen für 1214 Millionen Mark

[1]) Nach Steinmann-Bucher sogar auf 400 Milliarden.
[2]) Nach Prof. Fellner gar nur auf 100 Milliarden.

Waren aus. Geht das so weiter, so werden wir vom Weltmarkt noch ganz verschwinden. Das Allheilmittel, das von gewisser industrieller Seite, insbesondere von unter der Herrschaft der Schwerindustrie stehenden Kreisen empfohlen wird, eine weitere Steigerung der Zölle, die Bildung eines wirtschaftlichen österreichischen Globusses, ähnlich der genugsam verspotteten ungarischen Weltkugel, ist verderblich und würde nur zur Bereicherung einer kleinen Gruppe auf Kosten der Gesamtheit führen, wie die vorurteilsfreie Untersuchung der Ursachen unserer wirtschaftlichen, leider unbestreitbaren Rückständigkeit zeigt.

Ursachen unserer wirtschaftlichen Rückständigkeit.

In einer von hochschutzzöllnerischer Seite verbreiteten Schrift von Dr. Hertz[1]) wird auf die dünnere Siedelung, auf die geringere Leistungsfähigkeit unserer Arbeiter, auf unsere ungünstige geographische Lage und eine Reihe sozialer und handelspolitischer Verhältnisse hingewiesen, die unserer wirtschaftlichen Entwicklung im Wege seien. Daß Österreich-Ungarn durchschnittlich etwas dünner besiedelt ist als das Deutsche Reich, steht fest, haben wir doch bei etwas größerer Bodenfläche unseres Gebietes um etwa 15 Millionen weniger Einwohner. Falsch ist es aber, darin ein Hemmnis wirtschaftlicher Entwicklung suchen zu wollen. Nicht die dichte Besiedelung schafft eine Industrie, sondern die auf natürlichen Grundlagen beruhende und vernünftig geförderte Industrie bewirkt die Vermehrung der Bevölkerung, das Entstehen großer Städte. Gerade im Deutschen Reiche wird diese Tatsache schlagend bewiesen. Seit sich im Rhein-Ruhr-Gebiet die Schwerindustrie auf Grund des dortigen Kohlenreichtums so glänzend entwickelt hat, ist die früher ziemlich dünn bevölkerte Landschaft zu einer der dichtbevölkertsten im Reiche geworden. Man braucht nur auf Duisburg, Mülheim-Ruhr, Essen, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund usw. zu verweisen, Orte, die noch vor wenig Jahrzehnten kleine Städtchen waren und heute zu wirklichen Großstädten gediehen sind. Hamborn z. B. zählte noch vor zwei Jahrzehnten nicht mehr als einige hundert Einwohner, heute hat es schon 100 000 überschritten.

[1]) Dr. Friedrich Hertz, Sekretär des Bundes österreichischer Industrieller: „Die Schwierigkeiten der industriellen Produktion in Österreich", Wien 1910.

Eine solche Entwicklung wäre unmöglich gewesen, wenn nicht die dortige Industrie auf natürlicher Grundlage von selbst emporgekommen wäre, sondern durch Zölle hätte künstlich aufgezüchtet werden müssen. Das Deutsche Reich hat auch heute noch große Gebiete mit dünner Besiedelung; Ostfriesland, Oldenburg, das nördliche Hannover, Mecklenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen, Posen sind verhältnismäßig dünn besiedelt. Diese Gebiete haben auch nur eine bescheidene Industrie. Es geht ihnen aber doch gut, besser als wenn man sie durch Zollschranken vom übrigen Deutschen Reiche abtrennen würde, um ihnen eine erzwungene Industrieentwicklung zuteil werden zu lassen. Sie bilden eben mit den industriellen Teilen des Deutschen Reiches ein Wirtschaftsgebiet, so daß ihnen der Segen der Industrie aus anderen Teilen des Gebietes ungeschmälert zugute kommt.

Der nächste Einwand betrifft die angeblich geringere Leistungsfähigkeit unserer Arbeiter. Ich kann hier aus eigener Erfahrung sprechen, habe ich doch während einer fast dreißigjährigen Praxis im Deutschen Reiche als Leiter, Erbauer und Organisator von Eisen-, Stahl- und Metallgießereien Zehntausende von Arbeitern aller deutschen Stämme und darunter auch viele hundert österreichische Arbeiter kennengelernt. Der österreichische Arbeiter hat sich, bis auf vereinzelte Ausnahmen, überall als ebenso brauchbar und leistungsfähig erwiesen wie der deutsche. Ich entsinne mich eines Falles, als nach dem Baue eines Hüttenwerkes im bayerischen Oberfranken die zunächst eingestellten Arbeiter aus den benachbarten Städten Nürnberg, Regensburg, Erlangen und Bayreuth vollständig versagt hatten und mir nichts anderes übriggeblieben war, als in das Pilsner und Prager Gebiet zu ziehen und dort eine größere Zahl tschechischer Former anzuwerben. Die Sache ging mir gründlich gegen den Strich, aber es war dies das letzte zunächst zur Verfügung stehende Rettungsmittel. Und siehe da, die Tschechen bewährten sich aufs beste, der Betrieb kam in Schwung und erfreut sich noch heute guten Gedeihens. Die eingewanderten Tschechen haben sich inzwischen freilich zum Teil wieder verlaufen, zum Teil haben sie sich aber auch erhalten, insbesondere jene, die sich mit ortsansässigen Mädchen verheirateten und dann bald in der Menge ihrer deutschen Kameraden völlig aufgegangen sind. — Am unteren Rheine befanden sich in einem der größten deutschen Gießereibetriebe unter 3000

Arbeitern etwa 200 Polen. Sie erfüllten alle Ansprüche derart, daß man, solange es anging, sie in einer Abteilung vereinigt ließ und entstehende Lücken immer wieder mit ihren engeren Landsleuten ausfüllte. — Im industriereichen Sachsen sind vielleicht verhältnismäßig am meisten österreichische Arbeiter tätig. Ich habe dort viele Vorarbeiter-, Meister- und Betriebsführerstellen mit Deutschösterreichern besetzt gefunden, im Verlaufe einer vierjährigen Tätigkeit aber nicht eine Klage vernommen, daß die österreichischen Arbeiter weniger tüchtig wären; sie wurden geradeso wie deutsche gesucht, angestellt und bewertet. — Nur einmal hatte ich mit österreichischen Arbeitern Mißerfolg, als ich versuchte, aus einer großen Gruppe bei Erdarbeitern beschäftigter Kroaten einige Dutzend in die Fabrik hereinzunehmen. Diese Leute waren zu jeder feineren, einigermaßen Aufmerksamkeit und Anstelligkeit erfordernden Arbeit durchaus unbrauchbar. Aber abgesehen von dieser einen Ausnahme, habe ich stets den österreichischen Arbeiter ebenso brauchbar wie den deutschen gefunden, vorausgesetzt, daß er ebenso angeleitet und geführt wird. Und ähnlich lautet das Urteil fast aller, die im Deutschen Reiche mit österreichischen Arbeitern zu tun hatten.

Weiter soll unsere geographische Lage für die wirtschaftliche Entwicklung ungünstig sein. Wir liegen zwischen dem hochentwickelten deutschen Kultur- und Wirtschaftsgebiete und dem nach beiden Richtungen rückständigen Osten; in unserem eigenen Reiche flaut beides, Kultur und Wirtschaft, um so mehr ab, je weiter es dem Osten zugeht. Infolgedessen sind wir in der Lage, den Austausch zwischen West und Ost zu besorgen, was unserem Handel und in mancher Beziehung auch unserer Industrie von großem Nutzen sein muß, — vorausgesetzt, daß unsere Handels- und Wirtschaftspolitik dieser Lage Rechnung trägt. Die Monarchie ist so von der schiffbaren Donau durchzogen, daß sie mit Recht als Donaumonarchie bezeichnet wird; eine Reihe von Nebenflüssen sind mehr oder weniger weit schiffbar, durch die Moldau und Elbe ist Böhmen mit der Nordsee, durch die Weichsel Galizien mit der Ostsee verbunden, während der Besitz Triests und Dalmatiens den ungehinderten Zutritt zum Mittelländischen Meer gewährleistet. In den Alpen verfügen wir über ungeheure Wasserkräfte, in Böhmen, Steiermark, Nordostmähren und Ungarn über Erze und Kohlen, unser Boden

birgt nutzbare Mineralien aller Art, ist fruchtbar und in weiten Gebieten klimatisch weitaus mehr bevorzugt als der des Deutschen Reiches, und das alles soll eine „ungünstige geographische Lage" bedeuten? Da gehört schon viel Künstelei dazu, das zu behaupten. Nicht an der günstigen geographischen Lage hat es uns seither gefehlt, sondern an der Fähigkeit, sie nutzbar zu machen. Und damit gelangen wir an das wirkliche Hemmnis unserer wirtschaftlichen Entwicklung, an unsere verfehlte Wirtschaftspolitik.

Unsere Industrie seufzt vor allem unter einem ungerechten Steuersystem. Die Staatssteuer für Aktiengesellschaften von 10% vom Reingewinn wäre erträglich. Zu dieser aber kommen noch die Zuschläge für Land und Gemeinde, die in drei Ländern 65,2, 70,0 und 92,5%, in zwölf anderen aber über 100% bis 196,7% betragen. Im ungünstigen Falle muß also ein Industrieunternehmen ein Drittel seines Reingewinnes an Steuern abgeben. Ähnlich geht es allen gewerblichen Unternehmungen. Unsere Steuern sind so angelegt, daß sie die wirtschaftliche, zum Teil auch die kulturelle Entwicklung unmittelbar hemmen. Das letztere gilt insbesondere von unserer Hauszinssteuer, die einen großen Teil unserer Bevölkerung geradezu dazu zwingt, schlecht und so zusammengepfercht zu wohnen, daß daraus die größten sittlichen Gefahren erwachsen.

Es geht wohl nicht an, auf mittelbare Steuern ganz zu verzichten, sie werden immer eine Hauptquelle des öffentlichen Einkommens bleiben. Daneben soll aber die persönliche Einkommensteuer in einem wesentlich höheren Maße herangezogen werden, als dies bis jetzt der Fall ist. Wenn einer viel Einkommen hat, gleichviel aus welcher Quelle es stammt, kann er auch viel zahlen. Würde man die Belastung der Einkommensteuerstufen mit dem wachsenden Einkommen über das heutige Maß hinaus bis zu einer noch immer gut erträglichen Grenze steigen lassen, so wären alle Bedürfnisse des Staates leicht zu decken. Gegenwärtig beträgt der höchste Personaleinkommensteuersatz 3%. Wenn einer mit 1600 K Einkommen $^1/_2$% Steuer, einer mit 10 000 K 3% zahlt, so ist es nicht ungerecht, dem mit 100 000 K Einkommen 4% und für je 100 000 K Mehreinkommen ein weiteres Prozent einzuziehen bis auf etwa 12%. Gestattet man dann den Ländern und Gemeinden Zuschläge bis höchstens 100% der Staatssteuer

zu machen, so wird jemand mit einer Million Einkommen 24% Gesamtsteuer, d. i. 240 000 K, zu zahlen haben, so daß dem Betroffenen noch 760 000 K zum Leben übrig bleiben. Er wird sich noch immer verhältnismäßig viel weniger schwer tun als einer mit nur 10 000 K Einkommen, der davon schlimmsten Falles 600 K abgeben muß. Die höhere Ziffer für die großen Einkommen hat nichts Erschreckendes. In den meisten großen Industriestädten Westdeutschlands sind die Einkommen von 10 000 Mk. aufwärts schon heute mit 11—12% Gesamteinkommensteuer belastet. In ganz Rheinland ist ein Industrieller bekannt, der 1871 mit einem Erbteile von 80 000 Talern ein kleines Hüttenwerk eröffnete und der heute allein an Einkommensteuer jährlich über 500 000 Mk. bezahlt. Seine Industrieunternehmungen waren auf Grund der preußischen Wirtschaftsordnung wenig belastet, sie konnten sich entwickeln, und der Vorteil davon kommt heute Staat, Provinz und Gemeinde im reichsten Maße zugute.

Man beginne einmal damit, eine wirksamere staffelförmig steigende Einkommensteuer einzuführen, und wird dann sehr rasch in die Lage kommen, die Industrie zu entlasten und die schädliche Hauszinssteuer allmählich ganz verschwinden zu lassen. Statt dessen griff man zum Auskunftsmittel, der Industrie durch einen viel zu weitgehenden Schutzzoll helfen zu wollen. Solche Zölle haben freilich die Wirkung, fremden Wettbewerb fernzuhalten, aber nur auf Kosten der Verbraucher. Ein Werk, das ein Drittel seines Ertrages an Steuern abgeben muß, wird natürlich deren Betrag auf seine Waren schlagen, so daß eben der Verbraucher die Steuer trägt. Der Markt bleibt unter solchen Umständen selbstredend auf das durch Zölle geschützte Inland beschränkt. Ein kleiner Markt ist aber, wie auch Dr. Friedrich Hertz[1]) anführt, einer der wichtigsten auf die Erzeugungskosten einwirkenden Umstände. Er steigert die Herstellungskosten, höhere Herstellungskosten schränken den Absatz ein, wodurch wiederum die Herstellungskosten steigen usw. usw.

Eine weitere Schädigung erwächst unserer Industrie durch eine ganz verfehlte Eisenbahntarifpolitik. Abgesehen von wenigen allereinflußreichsten Industriemagnaten dürfte es wenig Industrielle bei uns geben, die nicht diesbezüglich ebenso schwerwiegend wie

[1]) a. a. O.

berechtigt Klage zu führen hätten. Sehr schlimm steht es auch mit der Verkehrspolitik zwischen Österreich und Ungarn. Auf dem Wege dieser Verkehrspolitik ist es tatsächlich fertiggebracht worden, daß wir, ohne durch Zollschranken getrennt zu sein, fast schon zur Entwicklung zweier gesonderter Wirtschaftsgebiete gelangt sind. Es ist leider nicht möglich, im Rahmen der vorliegenden Schrift dieses Gebiet eingehender zu behandeln, hoffentlich ergibt sich aber noch Gelegenheit, den Stoff gesondert so ausführlich zu behandeln, wie er es verdient.

Besonders schädlich wird unsere Wirtschaft durch den zu weit getriebenen Schutzzoll auf Eisen belastet. Während man in Deutschland für 100 kg Stabeisen nur 2,5 Mk. Zoll zu zahlen hat, beträgt unser Zoll 5,2 Mk., für Draht der deutsche Höchstzoll 3,75 Mk., der österreichische 11,94 Mk., für Gußwaren der deutsche Höchstzoll 9 Mk., der österreichische 25 Mk. Infolge eines so ungeheuren Schutzes vermögen Werke ein notdürftiges Dasein zu fristen, die von rechtswegen auf Grund ihrer Lage nicht mehr lebensfähig wären, während andere unter günstigen Umständen arbeitende Unternehmungen in Dividenden schwelgen. Die Eisen erzeugenden Werke sind allmählich auf 16 Unternehmungen zusammengeschmolzen durch Aufkäufe, wirtschaftliche Verschmelzungen und ähnliche Umstände. Ihnen stehen rund 3000 Metall und Eisen verarbeitende Unternehmungen gegenüber, die infolge des Schutzzolles den Preisforderungen der 16 Werke gegenüber machtlos sind und auf Grund der hohen Eisenpreise vom Wettbewerb außerhalb unserer Grenzpfähle so gut wie ausgeschlossen sind. Das ist kein gesunder Zustand, um so weniger als die Gewinne der 16 Eisenwerke zum größten Teil der sogenannten haute finance zufallen, während an den 3000 weiter verarbeitenden Werken mehr die breiten Massen der Bevölkerung beteiligt sind. Die Beseitigung der gegen das Deutsche Reich festgesetzten Schutzzölle wird hier geradezu erlösend wirken.

Ein weiteres Beispiel der Schädlichkeit unserer zollpolitischen Absperrung bietet die Entwicklung unserer Lederindustrie. Wir haben eine Übererzeugung an Leder — in Friedenszeit! — und können infolge des deutschen Zolles keinen Absatz ins deutsche Gebiet erreichen. Häute gehen dagegen zollfrei nach dem Deutschen Reiche. Dort werden sie infolge der günstigeren Wirtschaftsverhältnisse zu einem billigeren Endpreis zu Leder ver-

arbeitet, als unsere Werke es tun können, und machen dann am Weltmarkte der österreichischen Erzeugung den Absatz fast unmöglich. Das führt mittelbar zu manchen sehr verwerflichen Kniffen, das Gewicht unseres Leders wird z. B. mitunter durch gewisse Verfahren künstlich schwerer gemacht, wodurch der Ruf unserer Erzeugung schweren Schaden leidet.

Andere Hemmnisse, die Enge unseres Absatzgebietes, die geringe Durchschnittsgröße unserer Betriebe, die geringe Spezialisierung, die schwächere Entwicklung des Großhandels, die höheren Kosten des industriellen Kredites, ein Übermaß an überflüssigen Beamten, vielleicht auch ein etwas geringerer Erwerbstrieb unserer Bevölkerung, werden am sichersten zu beseitigen sein durch Schaffung eines größeren Marktes und durch Anlehnung unserer mangelhaft organisierten Wirtschaft an eine besser organisierte.

Ist unsere Industrie an sich leistungsfähig?

Mitunter wurde wohl auch behauptet, unsere Industrie sei an und für sich noch so unentwickelt, so wenig leistungsfähig, daß sie eines außerordentlichen Zollschutzes bedürfe, um nur überhaupt bestehen zu können. Das trifft ganz und gar nicht zu und ist eine Beleidigung unserer Industrie, die nicht entschieden genug zurückgewiesen werden kann. Unsere Industrie ist im Gegenteil, soweit ihr nicht unsere wirtschaftspolitischen Hemmnisse im Wege stehen, durchaus ebenso leistungsfähig wie die deutsche. Sie mag ja da und dort etwas verzärtelt sein durch den hohen Zollschutz, und man fürchtet in einigen Kreisen die rauhe Luft eines breiteren Wettbewerbes mehr als gerechtfertigt ist. Man gebe ihr aber die gleichen wirtschaftlichen Grundbedingungen — und sie wird bestehen, mit Ehren bestehen. Wir haben Eisenwerke, die durchaus auf der Höhe der Zeit stehen, unsere Motorbatterien wie die 42er-Haubitze haben gezeigt, daß wir auch auf schwierigstem Gebiete sogar noch Besseres zu leisten verstanden als die deutsche Eisenindustrie. Unsere Textilfabriken genießen in bezug auf Mode und Geschmack einen Weltruf, nur arbeiten sie zu teuer, und unser Kunsthandwerk ist vielfach mustergültig. Die Ausstellungen in Köln und in Toronto haben erst kürzlich wieder gezeigt, was wir zu leisten vermögen, und haben unseren Produktivgenossenschaften reiche Aufträge zu-

geführt. Diese Produktivgenossenschaften treten vielfach mit Erfolg an die Seite unserer Großindustrie und bilden eine Wirtschaftsform, die entwickelt und gepflegt zu haben wir stolz sein können, wirken sie doch in sozialer Hinsicht so außerordentlich segensreich. Wir liefern im großen Umfange Glaswaren nach Amerika, Bugmöbel nach Frankreich und mannigfache andere Industrieerzeugnisse fast über die ganze Erde. Nur ist der Absatz im Verhältnis zu unserer Leistungsfähigkeit viel zu gering, wir sind eben meistens zu teuer, weil die Industrie zu vielerlei belastet und gehemmt wird. Einen sprechenden Beweis, wie unsere Industrie in Deutschland beurteilt wird, erbringt Freiherr v. Stengel[1]), indem er anführt, daß gewisse Kreise in Deutschland sich der Zolleinigung widersetzen, weil sie die hochentwickelte böhmische und niederösterreichische Industrie fürchten!

Ein hervorragender Kenner unserer Industrie meinte kürzlich[2]): „In der Glasfabrikation und in der Porzellanmanufaktur, in der Papierausstattung, Metallbearbeitung und Textilbranche, ferner im Gesamtbereich der Bekleidung und der Mode, nicht zuletzt in der so blühenden Möbelfabrikation hat der stete Zufluß junger, wohlgeschulter Begabungen eine außerordentliche Belebung herbeigeführt. Ein feinsinniges Eingehen auf die praktischen Bedürfnisse vereinigt sich zumeist mit einem lebendigen, erfindsamen und sicheren Geschmack und fördert so wirklich Reizvolles zutage." Er meint auch, „daß des Talentes zu viel ist. Wären Deutschland, England, Amerika nicht so dankbare Abnehmer, das Talent läge auf der Straße".

Das sieht alles durchaus nicht danach aus, als ob wir an und für sich zu ausreichender industrieller Betätigung unfähig wären. Wir sind aber durch verkehrte wirtschaftliche Politik dazu gekommen, anstatt Waren Menschen auszuführen, und zwar nicht nur arbeitskräftige Hände, sondern auch gute Köpfe, durch hervorragenden Kunstsinn und persönliche Tüchtigkeit ausgezeichnete talentierte Männer, und täten wir's nicht, so müßte eben „das Talent auf der Straße liegen"!

---

[1]) Dr. Karl Freiherr v. Stengel, Professor der Rechte an der Universität in München: „Zur Frage der wirtschaftlichen Einigung von Deutschland und Österreich-Ungarn", D. W. Callwey, München 1915.

[2]) Nach Prof. Jul. Wolf, „Ein deutsch-österreichisch-ungarischer Zollverband", A. Deichert'sche Verlagsbuchhandlung, Leipzig 1915.

Wie sind unsere Schwierigkeiten zu beheben?

Wenn wir eine kräftige Entwicklung und Besserung unseres wirtschaftlichen Lebens erreichen wollen, muß der jetzige Zustand geändert werden, wir müssen heraus aus der Enge in die wirtschaftliche Weite. Wir bedürfen dazu vor allem eines wesentlich erweiterten Absatzmarkts und einer gründlichen Umgestaltung unserer wirtschaftlichen Innenpolitik. Zu beiden können wir nur durch ein innigeres wirtschaftliches Verhältnis zum Deutschen Reiche gelangen. Zu dem Zwecke könnte, wie schon eingangs erwähnt, ein neuer Handelsvertrag abgeschlossen werden, oder wir könnten ein allgemeines Verhältnis gegenseitiger wirtschaftlicher Bevorzugung eingehen, oder wir müßten uns zu einer wirklichen Wirtschafts- und Zollgemeinschaft zusammenschließen.

Welche Aussichten haben wir beim Abschlusse eines neuen Handelsvertrages? (Der alte läuft Ende 1917 ab.) Unsere Unterhändler hatten schon beim Abschlusse des gegenwärtigen Vertrages den deutschen gegenüber einen schweren Stand infolge der großen wirtschaftlichen Überlegenheit Deutschlands. Das wird beim Abschlusse eines neuen Vertrages nur noch schlimmer sein, denn Deutschland ist seit dem letzten Abschlusse wirtschaftlich mächtig vorangekommen, während unsere Entwicklung so bescheiden war, daß der Abstand zwischen uns wesentlich größer geworden ist. Wir dürfen auch keinesfalls hoffen, daß die deutsche Regierung oder deren Unterhändler uns etwa auf Grund der Nibelungentreue oder ähnlicher Gefühlsregungen etwas schenken werden. Sie dürfen und können das ebensowenig tun als die unseren. Es würde also günstigen Falles ein Vertrag zustande kommen, der die Dinge im großen und ganzen so beläßt, wie sie seither lagen. Infolgedessen würde sich der Abstand noch mehr vergrößern und wir ganz unaufhaltsam schließlich in völlige wirtschaftliche Abhängigkeit vom Deutschen Reiche geraten.

Ein anderer Weg wäre der der gegenseitigen wirtschaftlichen Bevorzugung, wie sie z. B. zwischen den Vereinigten Staaten und Kuba besteht, oder wie sie früher zwischen Österreich-Ungarn und Rumänien im sogenannten erweiterten Grenzverkehr bestanden hat. Einem solchen Verhältnisse zwischen Österreich-Ungarn und Deutschland war seither der Artikel 11 des Frankfurter Friedensvertrages im Wege, der Frankreich das Recht

der Meistbegünstigung für ewige Zeiten zusprach. Eine Bevorzugung Österreichs von deutscher Seite war ausgeschlossen, wenn man sie nicht in vollem Umfange auch Frankreich zuteil werden lassen wollte. Der Frankfurter Friedensvertrag ist nun zerrissen und damit die Bahn zur gegenseitigen Vorzugsbehandlung der beiden Zentralstaaten frei. Da eine solche Lösung auf den ersten Blick viele Vorzüge zu haben scheint, setzten sich verschiedene Verbände, u. a. der „Mitteleuropäische Wirtschaftsverein in Deutschland" und der „Mitteleuropäische Wirtschaftsverein in Ungarn", dafür ein. Die Begeisterung schwand aber bald dahin, hauptsächlich auf Grund zweier Bedenken. Erstens hängt alles davon ab, wie die Vorzugsbehandlung in Wirklichkeit gehandhabt wird, und zweitens sind dabei wesentliche Schwierigkeiten bei der Regelung der wirtschaftlichen Verhältnisse mit dritten Staaten ganz unvermeidlich. Auch der sogenannte „Dreivorschlag", der die Masse der gegenwärtig zwischen Österreich-Ungarn und dem Deutschen Reiche bestehenden Zölle nach oben binden, die „Freiliste" erweitern, d. h. die Zahl der heute im gegenseitigen Verkehre zollfreien Waren vermehren und schließlich den Veredlungsverkehr zwischen beiden Staaten zollfrei zulassen wollte, begegnete bald vielen schwerwiegenden Bedenken[1]). Eine bloße Vorzugsbehandlung schien denn doch eine allzu dürftige Grundlage für unser künftiges wirtschaftliches Verhältnis zu bieten. Dazu fällt noch von unserem Standpunkte gegen jede derartige Lösung schwer ins Gewicht, daß sie nicht entschieden genug auf die Besserung unserer inneren Wirtschaftspolitik einwirken würde.

Es bleibt uns darum, um zu gesunden Verhältnissen zu gelangen, nichts übrig, als das zu tun, was das natürlichste ist, uns auch wirtschaftlich offen und ehrlich die Hand zu reichen, wie wir es politisch-militärisch schon getan haben, uns zu einem gemeinsamen Wirtschaftsgebiete zusammenzuschließen und auch wirtschaftlich miteinander durch dick und dünn zu gehen.

Schutzzoll, Freihandel, Weltwirtschaft.

Zu den seitherigen wirtschaftspolitischen Grundordnungen Schutzzoll und Freihandel tritt künftig eine dritte, die weltwirt-

[1]) Näheres über diese Pläne und Vorschläge ist der schon genannten Schrift von Prof. Dr. Julius Wolf zu entnehmen.

schaftliche oder imperialistische. Unter Weltwirtschaftsgebieten oder Wirtschaftsimperien sind einheitliche, durch Schutzzölle gegen außen geschützte Wirtschaftsgebiete zu verstehen, die groß genug sind, um sowohl den Bezug möglichst aller für den Lebensbedarf und die industrielle Betätigung der Einwohner erforderlichen Rohstoffe zu gewährleisten, als anderseits einen aufnahmsfähigen Markt für alle gewerblichen und industriellen Erzeugnisse zu sichern. Es ist klar, daß derartig großen und geschützten Gebieten die Vorteile des Freihandels und des Schutzzolles, freier Bezug aller Rohstoffe, sowie geschützte Erzeugung und gesicherter Absatz, zugute kommen müssen.

Noch ist nicht zu übersehen, wie sich nach dem Kriege die Handelsbeziehungen zu den feindlichen Staaten und selbst die zu den neutralen Staaten gestalten werden. Nachdem der Krieg von seiten des Hauptanstifters England vor allem zu dem Zwecke geführt wird, Deutschland wirtschaftlich zu vernichten, liegt es nahe, daß es auch nach dem Kriege noch mit wirtschaftlichen Maßregeln gegen uns kämpfen wird. England dürfte wohl auf den Plan von Chamberlain zurückgreifen, sich mit seinen Kolonien zu einem Wirtschaftsimperium zusammenzuschließen und so den Zentralmächten einen großen Teil der überseeischen Märkte zu verschließen. Es wird dann die Herrschaft im größten Wirtschaftsgebiete besitzen, das seither bestanden hat und das die imperialistischen Gebiete der Vereinigten Staaten von Nordamerika und das von Rußland an wirtschaftlicher Macht noch weit übertreffen wird. Gegen diese Entwicklung vermögen wir uns durch Handelsverträge, die ja in die Friedensbedingungen aufgenommen werden könnten, nicht ausreichend zu schützen, denn es wäre zu befürchten, daß getroffene Vereinbarungen von unseren Gegnern treulos ausgeführt würden, wozu gerade das Zollwesen genug Handhaben gewährt. Wir, Österreich und Deutschland, werden darum einfach gezwungen sein, uns wirtschaftlich zusammenzuschließen und unsere gemeinsame wirtschaftliche und völkische Ausdehnung auf Länder zu beschränken, die wir nötigenfalls mit unseren Machtmitteln erreichen können.

Das deutsch-österreichisch-ungarische Wirtschaftsgebiet bedeutet einen Markt mit über 120 Millionen Menschen, an Menschenzahl reicher als das der Vereinigten Staaten von Amerika. Da der deutsche Markt vielleicht zwei- bis dreimal aufnahme-

fähiger als unser österreichisch-ungarischer sein dürfte, wird das uns offene Marktgebiet durch den Zusammenschluß um das Drei- bis Vierfache aufnahmefähiger sein als unser seitheriges. Anderseits sind auch die Aussichten für das Deutsche Reich außerordentlich günstig, da der Bildungsgrad und die Wohlhabenheit unserer Bevölkerung und damit ihre Aufnahmefähigkeit für Industrieerzeugnisse noch außerordentlich entwicklungsfähig sind.

Die sachliche Begrenzung des kommenden Wirtschaftsbundes.

Daß wir uns dem Ausland gegenüber auch wirtschaftlich zusammenschließen müssen, darüber besteht diesseits und jenseits der Grenzpfähle wohl kein Zweifel. Hat doch der Krieg deutlich genug gezeigt, daß ein militärisches Zusammenwirken unmöglich ist ohne das engste wirtschaftliche Einverständnis. Eine Politik der Vereinsamung empfiehlt niemand, nur die Frage der Innigkeit des Zusammenschlusses ist strittig. Insbesondere gehen die Meinungen darüber auseinander, ob die Vereinigung sich auch auf die Schaffung eines einheitlichen Zollgebietes erstrecken soll.

Ein Wirtschaftsbund ohne Zolleinigung vermöchte die industrielle Entwicklung Österreich-Ungarns nur sehr wenig zu fördern. Unsere Wirtschaftspolitik bedarf einer Änderung von Grund aus. Sollen und wollen wir warten, bis unsere maßgebenden Stellen von selbst diese Änderung vollziehen? Da könnten wir lange warten! Ist es seither nicht besser geworden, so würde es künftig auch nicht anders werden. Die bevorstehende Zolleinigung, der Fall der Zollschranken gegen das Deutsche Reich, wird aber den Druck erzeugen, der erforderlich ist, um unsere Stellen zu tatkräftigem Handeln in Bewegung zu setzen.

Der Wert eines gemeinsamen Zollgebietes wird denn auch von den meisten Wirtschaftspolitikern in Österreich richtig eingeschätzt. So schreibt einer unserer gewichtigsten Staatsmänner, k. k. Minister a. D., in einer im vollen Umfange noch nicht für die Öffentlichkeit bestimmten Denkschrift:

„Es soll nicht geleugnet werden, daß, wenn es gelänge, Deutschland und Österreich-Ungarn in ein Zollgebiet zu ver-

einigen, selbstverständlich unter Festsetzung einer Zwischenzollinie, die wirtschaftliche Annäherung der beiden Reiche eine vollkommenere und die gegenseitige Anpassung eine raschere wäre. In einem gemeinsamen Zollgebiet würden wir bald von gewissen Vorurteilen geheilt werden, die zu allen Zeiten und überall bestanden haben, bevor der entscheidende Schritt geschehen ist. Ein gemeinsames Zollgebiet schafft die Präsumtion für die Freiheit des Verkehrs, ein getrenntes Zollgebiet eine solche für den Schutz und die Absperrung, das eine erhöht die Kraft des Wettbewerbes, das andere schwächt sie."

Trotz dieser in uneigennützigen Kreisen allgemeinen Erkenntnis ist man aber doch an vielen Stellen geneigt, auf die Zolleinigung zu verzichten, weil ihrer Durchführung sehr große Schwierigkeiten und mächtige Gegner im Wege sind. Ein solcher Verzicht würde die Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens in einer Weise hemmen, die alljährlich eine Minderzunahme unseres Volksvermögens um viele Hunderte von Millionen zur Folge hätte. Mögen sich dessen die verantwortlichen Kreise wohl bewußt sein.

Die Schwierigkeiten sind durchaus nicht unüberwindlich, wir werden auf sie noch im einzelnen zurückkommen. Es handelt sich hauptsächlich nur um eines: Den guten Willen zu wecken. Wo ein Wille ist, da findet sich auch ein Weg, das gilt hier mehr, denn irgendwo anders. Wir sind mit unserer wirtschaftlichen Entwicklung auf die Zolleinigung angewiesen, je eher sie verwirklicht wird, um so besser. Keinesfalls dürfen wir mit einer Übergangszeit von 50—60 Jahren zufrieden sein, wie sie Professor Dr. Jul. Wolf vorschlägt, um die gegenwärtige Generation vor Schaden zu bewahren. Haben es die Japaner fertiggebracht, binnen etwa dreier Jahrzehnte aus den Kulturzuständen der mongolischen Welt heraus zu wirtschaftlich-technischer europäischer Leistungsfähigkeit zu gelangen, so darf man uns nicht die doppelte Zeit zumuten, um die verhältnismäßig geringen Unterschiede zwischen uns und dem Deutschen Reiche auszugleichen.

Die Erstellung eines gemeinsamen Zollgebietes erfordert freilich für die vertragschließenden Teile einen gewissen Verzicht auf uneingeschränkte Wirtschafts- und zollpolitische Selbständigkeit. Dieses Opfer muß aber gebracht werden, das Verlangen,

die frühere Selbständigkeit auch im kommenden Wirtschaftsimperium zu haben, verträgt sich nicht mit einem guten Willen zu dauerndem Zusammengehen auf wirtschaftlichem wie politischem Gebiete.

Wir müssen und wollen wirtschaftlich erstarken und wir können es, wenn wir uns ohne Rückhalt an die deutsche Wirtschaftsorganisation anlehnen. Die Vorbedingung dazu ist ein einheitliches Zollgebiet. Seine Vorteile werden ganz außerordentliche sein, so groß, daß sie sich heute noch gar nicht überblicken lassen. Nach Abschluß der Zolleinigung werden die Naturschätze und die gesamte Erzeugung beider Staaten allen Verbrauchern unter gleichen Bedingungen zu Gebote stehen, und die Erzeuger einen unbedingt sicheren Markt haben, da die Verbraucher auf ihre Erzeugnisse angewissen sein werden. Die Auslandszölle würden selbstredend so bemessen werden, daß die inländische Erzeugung den weitestgehenden Schutz fände.

Übergangszeit, Zwischenzollinie und Geltungsdauer des Bündnisses.

Selbstredend kann die Zolleinigung nicht von heute auf morgen durchgeführt werden, es bedarf einer Übergangszeit, um allmählich einen Ausgleich zu bewirken. Minister Bruck hat zur Zeit der Verhandlungen zwischen Österreich und dem deutschen Zollverein eine zwölfjährige Übergangszeit vorgeschlagen, innerhalb der in mehreren Stufen alle Zölle bis auf Null abgebaut werden sollten. Nach Ablauf dieser Zeit sollte jede Zollinie zwischen den dann zur Einheit verschmolzenen Wirtschaftsgebieten verschwinden. Dieser unstreitig wirksamste Lösungsvorschlag entsprach der damaligen starken und darum so vielfach erfolgreichen österreichischen Politik. Auch heute noch wäre eine solche Lösung möglich, man bedürfte dafür nicht einmal einer zwölfjährigen Übergangszeit. Da es sich darum handeln wird, unsere wirtschaftliche Gesetzgebung der deutschen anzupassen, d. h. da nur durchaus gebahnte Wege gegangen werden sollen, würde eine fünfjährige Übergangsfrist durchaus genügen. Jedes Jahr fällt ein Fünftel der Zölle — was wird diese Aussicht für ein Leben in unsere Ämter bringen! Das ewige Überlegen und Zögern wird aufhören, Entschlüsse werden gefaßt und verwirklicht werden.

Eine Zwischenzollinie für die unumgänglich notwendige Übergangszeit ist unentbehrlich. Es kann sich noch darum fragen, ist es vielleicht nützlich, eine solche Zwischenlinie für die Dauer aufrechtzuerhalten, und zweitens ist es vielleicht besser, sie anders als durch rein mechanische stufenmäßige Verminderung der Zölle abzubauen. Die dauernde Aufrechthaltung einer Zwischenzolllinie käme einer dauernd zwischen den beiden Wirtschaftsgebieten errichteten Mauer gleich. Sie böte zudem die Möglichkeit, die auf dem Papier bestehende Zolleinigung in der Wirklichkeit hinfällig zu machen. Eine dauernde Zwischenzollinie ist darum entschieden zu verwerfen. Innerhalb eines Weltwirtschaftsgebietes ist an der industriellen „Standortslehre" festzuhalten, d. h. die Industrie soll nur in jenen Gebieten gepflegt und entwickelt werden, in denen sie günstige natürliche Grundlagen hat. In jedem Teile eines Wirtschaftsimperiums jede Industrie künstlich fördern zu wollen, ist wirtschaftlich ungesund und führt nur zu Steuerbelastungen der Gesamtheit zugunsten weniger Einzelner. Stellt es sich heraus, daß nach Ablauf der Übergangszeit eine Industrie trotz des Ausgleiches aller sie bisher einseitig belastenden staatlichen Erschwernisse an einem bestimmten Orte nicht lebensfähig ist, so möge sie dort verschwinden; sie mit staatlicher Hilfe künstlich weiter züchten zu wollen, wäre nur ein Krebsschaden für die Allgemeinheit.

Nach dem Kriege werden von den Bevölkerungen der heute kämpfenden Staaten, der sieggekrönten wie der unterlegenen, weitaus größere Leistungen für die Allgemeinheit verlangt werden müssen als zuvor. Man wird in jeder Hinsicht, staatlich wie privat, schärfer rechnen müssen, und wird insbesondere bei allen Maßregeln zur Industrieförderung die tatsächliche Erträgnisfähigkeit (Rentabilität) genau im Auge haben müssen. Auf Steuerkosten, seien es unmittelbare oder mittelbare in Form von Zöllen erhobene, Industrien die nicht von selbst auf eigenen Füßen stehen können, aufrechtzuerhalten oder gar entstehen zu lassen, wird dann als ein Luxus erscheinen, für den die Glieder des Bündnisses nicht reich genug sind.

Die Zölle, durch die sich Österreich-Ungarn vom Deutschen Reiche absperrte („schützte!"), haben allerdings bewirkt, daß eine Reihe deutscher Maschinenfabriken, Werke für Gas-, Wasser- und Dampfarmaturen, für Zentralheizungskessel und manch

andere mehr, bei uns Betriebsniederlassungen errichteten. Diese Niederlassungen vermochten sich infolge der bestehenden Hemmungen nicht zu nennenswertem Umfange zu entwickeln, sie arbeiteten teuer und die österreichisch-ungarischen Verbraucher hatten noch mehr zu bezahlen als vorher, als sie die Preise der deutschen Mutterwerke und den Betrag der Zölle zu entrichten hatten. Weitaus besser, auch für uns, wäre es gewesen, die deutschen Werke hätten zu Hause ihre Betriebe auf Grund des österreichisch-ungarischen Absatzes erweitert, in der Folge billiger gearbeitet und ihre Waren zu niedrigeren Preisen auf den Markt gebracht. Die von den Zweigniederlassungen erhobenen Steuern wurden für den Staat durch Entgang von Eingangszöllen zum größten Teile aufgewogen, und anderseits sind sie den Verbrauchern und Weiterverarbeitern teuer genug zu stehen gekommen.

Der Bund österreichischer Industrieller hat die Schädlichkeit künstlicher Industrieförderung durch Zollsätze ganz richtig erkannt und unterm 1. Februar 1915 seine Sektionen darauf hingewiesen, daß man gut tun werde, den Einfluß von Zollsätzen auf die Industrieentwicklung nicht zu überschätzen und nicht sklavisch an einzelnen Zollsätzen festzuhalten, vermeinend, daß darin das einzige Heil einer Industrie gelegen sei.

Die Zollsätze sind bei uns vielfach nur das Gegengewicht gegen unnatürliche Erzeugungskosten, verkehrte Steuerveranlagungen, falsche Verwaltungsmaßregeln, unglückliche Bahntarife usw. Diese Hemmungen dürfen nicht durch eine dauernde Zwischenzollinie auch weiterhin aufrechterhalten werden. Dagegen wäre ein Abbau der Zölle unter Berücksichtigung der Industrien, die davon zunächst am empfindlichsten betroffen werden, an Stelle einer gleichmäßigen, rein mechanischen Verminderung der bestehenden Sätze wohl zu erwägen. Nur müßte das Endziel, volle Beseitigung des Zwischenzolles, stets im Auge behalten werden. Schon heute sind 30—40% des beiderseitigen Warenverkehrs ganz zollfrei. Setzt man Waren, die zur Zeit nur eine geringe Zollbelastung haben, auf die Freiliste, so dürfte der gesamte, von jedem Zolle freie Verkehr auf etwa 60% steigen. Von den verbleibenden 40% wären dann fünf Jahre durch jährlich 8% zollfrei zu machen in der Weise, daß die schutzbedürftigsten Waren oder Industrien sich verhältnismäßig am längsten der teilweisen „Wohltaten“ des gegenwärtigen Zollschutzes erfreuen können.

Die Geltungsdauer des Wirtschaftszusammenschlusses wird wohl am besten für ewige Zeiten zu bemessen sein. Zu welchen Schwierigkeiten die völlige Erneuerung solcher Abmachungen nach Ablauf bestimmter Zeitabschnitte führt, das lehrt unser Verhältnis zu Ungarn. Davor müssen wir in Zukunft Deutschland wie Ungarn gegenüber bewahrt bleiben. Das Wirtschafts- und Zollbündnis kann auf Grund der am Schlusse vorgeschlagenen Zentralstelle und Organisation unschwer dehnbar, anpassungs- und entwicklungsfähig genug gestaltet werden, um allen kommenden Änderungen und Entwicklungen zu entsprechen. Schließlich wurde auch der Artikel 11 des Frankfurter Friedens für ewige Zeiten festgelegt, heute haben ihn geschichtliche Ereignisse hinweggefegt. Wie unleidlich wäre es aber gewesen und zu welchen wirtschaftlichen Störungen führend, hätten das Deutsche Reich und Frankreich etwa alle zehn Jahre die Neuordnung ihres gegenseitigen wirtschaftlichen Verhältnisses erledigen müssen.

Wirkung des Bündnisses (der Zolleinigung) auf österreichische Verhältnisse.

Landwirtschaft. Die gemeinschaftliche Grundlage für Verbrauch und Erzeugung wird ganz besonders unserer Landwirtschaft zugute kommen. Noch vor fünfzig Jahren war der Bodenertrag bei uns und im Deutschen Reiche durchschnittlich gleich. Die annähernd gleiche Bearbeitung lieferte auf dem tatsächlich gleich fruchtbaren Boden gleiche Erträgnisse. Inzwischen hat sich das Bild außerordentlich geändert.

Im Jahre 1912 war der Durchschnittsertrag in 100 kg vom Hektar:

	Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Kartoffeln
In Österreich . .	15,0	14,6	16,0	13,0	100,2
In Deutschland .	22,6	18,5	21,9	19,4	150,1

Während wir den Durchschnittsertrag an Weizen, Roggen, Gerste und Hafer auf 14,6 dz gebracht haben, wurde er im Deutschen Reiche auf 20,6 dz gesteigert. Der deutsche Acker trägt also um 40% mehr als der österreichische. Noch ungünstiger liegt das Verhältnis beim Kartoffelbau. In Deutschland liefert ein Hektar durchschnittlich 150 dz, bei uns nur 100 dz. Die Ursache des großen Mißverhältnisses liegt nicht am verschiedenen Boden — in Posen werden z. B. 19 dz Getreide auf den Hektar

erzielt, auf dem benachbarten, anerkannt fruchtbareren Boden Galiziens dagegen nur 11 dz, —, sondern in seiner besseren Ausnutzung. In Deutschland ist die Herstellung und der Gebrauch landwirtschaftlicher Maschinen außerordentlich weiter entwickelt als bei uns, Deutschland hat und verwendet ferner die wertvollen Kalisalze, die zu billigem Preise zur Verfügung stehen, und die ganz besonders dazu beigetragen haben, die heutigen hohen Erträgnisse zu zeitigen. Wir dagegen sind infolge der höheren Preise landwirtschaftlicher Maschinen noch wenig zu ihrem Gebrauche gekommen und die Kalisalze sind uns unerreichbar, weil sie, abgesehen von der hohen Fracht, durch einen Zoll von rund 3 K belastet werden.

Nach der Zolleinigung werden auch bei uns billigere landwirtschaftliche Maschinen erzeugt werden können und die Kalisalze zollfrei zu uns gelangen. Sorgen dann die „maßgebenden Stellen" für billige Frachten solcher für die Landwirtschaft so außerordentlich wichtigen Stoffe, so wird den Landwirten mehr geholfen sein als mit Schutzzöllen gegen das Deutsche Reich. Die Steigerung der Leistungsfähigkeit, des Erträgnisses unseres Bodens wird unsere Landwirtschaft befähigen, nicht nur die gegenwärtige Bevölkerung, sondern auch eine wesentlich größere zu ernähren. Der Krieg hat uns deutlich genug gelehrt, welch ungeheure Bedeutung es hat, wenn ein Volk sich unter allen Umständen allein ernähren, allein seine Lebensbedürfnisse befriedigen kann.

Eisen. Von größtem Werte für die Entwicklung unseres Handels, Gewerbes und unserer Industrie wird die unzweifelhaft eintretende Verbilligung des Eisens sein. Fallen die Zölle gegen Deutschland, so wird unsere Eisen weiter verarbeitende Industrie ihre Hauptrohstoffe und Zwischenerzeugnisse ungefähr zum selben Preise in die Hand bekommen wie die deutsche. Für die Übergangszeit können Kartelle einen gewissen Ausgleich schaffen, denn erfahrungsgemäß vermögen solche freie Vereinbarungen noch sichereren Schutz zu gewähren als staatliche Zölle. Anderseits wird der freie Wettbewerb schon bewirken, daß dieser Schutz nicht schädlich wird und mit der Zeit sich als unnötig erweist.

Nicht nur die weiter verarbeitende Industrie wird Vorteil vom billigeren Eisen haben, auch die gesamte andere Industrie

wird davon auf das wohltätigste berührt werden. Neuzeitliche Fabrikbauten bestehen zum großen Teile aus Eisen, ebenso besteht ein wesentlicher Teil ihrer Einrichtung, die Antriebsmaschinen, das Triebwerk, die Arbeitsmaschinen und vieles andere größtenteils aus Eisen. Erwägt man, daß wir, abgesehen von den Zöllen für die verschiedenen für den Bau benötigten Eisensorten, für 100 kg Dampfmaschinen und Motoren bis zu 85 K Zoll zu zahlen haben, so sieht man, um wie viel teuerer schon die Errichtung einer Fabrik bei uns zu stehen kommt. Nach Dr. Hertz[1]) sind die Anlagekosten einer österreichischen Spinnerei bei gleichem Betriebsumfang etwa $2^1/_2$mal so hoch als die einer englischen. Für Webereien ist das Verhältnis noch ungünstiger. Die erhöhten Anlagekosten lasten auf unserer gesamten Industrie. Da dem Unternehmer meist nur ein beschränktes Kapital zur Verfügung steht, ist er häufig gezwungen, sich mit einer bescheideneren Anlage zu begnügen als den Umständen, insbesondere der Wirtschaftlichkeitsberechnung nach geboten wäre, in anderen Fällen muß er sich die Beschaffung von Sondermaschinen versagen und mit veralteten Einrichtungen weiter arbeiten. Das schränkt seine Wettbewerbsfähigkeit ein und äußert sich[2]) in der Herabdrückung des technischen Niveaus unserer Industrie.

Schließlich käme die Ermäßigung der Eisenpreise öffentlichen Verbänden zugute und so manche Bahn, Brücke, Wasserleitung und andere Einrichtung für das öffentliche Wohl, die heute der hohen Eisenpreise wegen unerschwinglich ist, könnte dann zur Ausführung kommen. Damit wird vermehrte Beschäftigung für die Industrie und Arbeitsgelegenheit für die Bevölkerung geschaffen. — Die breite Menge der Verbraucher wird dann industrielle Erzeugnisse vom Bleistiftspitzer und der Himbeerquetsche an bis zum Staubsauger, dem Elektromotor und der Zentralheizung, für die sie zur Zeit zum Teil die doppelten Preise Deutschland gegenüber zu zahlen hat, wesentlich billiger erwerben können. Sie wird dadurch vielfach überhaupt erst in die Lage kommen, solche Dinge sich zu beschaffen und so mächtig fördernd auf die Industrie einwirken.

[1]) Dr. Friedrich Hertz. „Die Schwierigkeiten der industriellen Produktion in Österreich", S. 75.

[2]) Nach derselben Quelle S. 82.

Industriekapital. Erreichen wir die Schaffung derselben wirtschaftlichen Grundbedingungen wie sie im Deutschen Reiche bestehen, so können wir sicher auf ein Überströmen deutscher Kapitalskraft in unsere Monarchie rechnen. Sie wird unsere wirtschaftliche Entwicklung ebenso fördern wie seither die deutsche. Deutscher Unternehmungsgeist, deutsches Organisationstalent und deutsche Arbeitsweisen werden mehr als seither unser Wirtschaftsleben befruchten. Die wirtschaftlichen Organisationen beider Reiche werden sich zu gemeinsamer Tätigkeit zusammenschließen, sowohl auf dem Gebiete der industriellen Erzeugung, wie des Verkehrs zu Wasser und zu Land, des Handels nach innen und außen. Was Deutschland auf dem Gebiete des Handels insbesondere im Außenhandel geschaffen hat, und das uns seither fast zur Gänze fehlte, wird uns künftig zugute kommen. Diese Erkenntnis beginnt auch in den österreichischen Industriegebieten durchzudringen. Wie kürzlich auf einer Versammlung deutscher und österreichischer Wirtschaftspolitiker berichtet wurde, hat die ursprünglich flaue Stimmung in böhmischen Industriekreisen völlig umgeschlagen. Man erkennt die ungeheueren Vorteile einer gemeinsamen Handelspolitik nach außen und beginnt nun von seiten der chemischen, der Textil- und Maschinenindustrie dem Wirtschafts- und Zollbündnis gegenüber eine wesentlich freundlichere Stellung einzunehmen. Freilich werden manche alte, liebgewonnene Bräuche gestört werden und manches ruhig behagliche Idyll aufhören zu sein, dafür wird aber jugendfrischen Kräften, die auch bei uns in reicher Zahl vorhanden sind, Entfaltungs- und Betätigungsmöglichkeit erwachsen.

Wasserkräfte. Eine kräftigere, auf gesunder Unterlage beruhende Industrieentwicklung wird unzweifelhaft zur baldigen Nutzbarmachung unseres Reichtumes an Wasserkräften führen, wie sie Ingenieur Buchleitner so verheißungsvoll ausgemalt hat[1]). Nach vorsichtiger Schätzung verfügen wir in den Alpen über Wasserkräfte von etwa 2 Millionen Pferdestärken, die sich wirtschaftlich nutzbar bis nach Mähren übertragen lassen. Welch ungeheurer, heute noch fast gar nicht nutzbringend gemachter Reichtum, der gegenüber den Kohlenschätzen den großen Vor-

[1]) Buchleitner, „Wirtschaftliche Entwicklung der Alpenländer".

zug hat, durch Ausbeutung sich nicht zu verbrauchen. Will man diesen Schatz nutzbar machen, dann muß damit aufgehört werden, die Wasserkräfte einzeln für Fabriken oder elektrische Kraftstationen auszubeuten. Diese Form der Wasserkraftverwertung ist in den meisten Fällen unwirtschaftlich, da einzelne Wasserkräfte durch den Wechsel des Wasserstandes zu sehr schwanken. Nur während eines kleinen Teiles des Jahres sind sie voll ausnutzbar, während der übrigen Zeit liegt das für ihren Ausbau aufgewendete Kapital brach. Die einzelnen Kräfte müssen vielmehr gesammelt und durch Talsperren, wozu gerade die Alpen ausgezeichnete natürliche Vorbedingungen gewähren, aufgespeichert werden. So gelangt man zur regelmäßigen Kraftabgabe fast das ganze Jahr, mindestens aber 10—11 Monate hindurch. Der an Ort und Stelle erzeugte elektrische Strom kann weiter geleitet werden, und ähnlich wie ein gleichmäßig dahinfließender Wasserstrom im ganzen Verlauf seines Weges durch Abzweigungen Kraft abgeben und Leben spenden. Solche Kraftgewinnung wird unsere Staatsbahnen erträgnisreicher machen und die Entwicklung der Industrie besser fördern als ihre Abschließung durch Schutzzölle auf ein nur allzu enges Gebiet.

Kolonien. Infolge unseres staatsrechtlichen Aufbaues und unserer mannigfachen völkischen Gliederung, die beide vielleicht nach dem Kriege noch mannigfaltiger aussehen werden, empfiehlt es sich kaum, eigene Kolonien zu erwerben. Ihre Verwaltung würde eine ganze Menge schwer zu lösender Fragen zutage fördern, hätte doch jedes Glied des Gesamtstaates Anspruch auf einen Teil des Kolonialbesitzes. Soll er in ein österreichisches, ungarisches, polnisches, serbisches, ukrainisches usw. Gebiet zerteilt werden, oder wollen wir ihn „gemeinschaftlich" verwalten, etwa wie Bosnien vor dem Kriege? Jede mögliche Lösung böte nur Aussicht auf Zank und Zwist, keine auf dauernde, ruhige, dem Mutterstaate förderliche Entwicklung. Wie einfach und glatt gestaltet sich aber diese Angelegenheit, wenn uns für Ausfuhr und Einfuhr wie für die Siedelung die deutschen Kolonien zur Verfügung stehen. Der Wert der Kolonien hat sich für Deutschland schon so fühlbar gemacht, daß wohl anzunehmen ist, es werde durch und nach dem Kriege seinen Kolonialbesitz ganz wesentlich vergrößern. Das Deutsche Reich hat aber allmählich eine so niedrige Auswandererziffer erreicht — nur noch

ein Zehntel der unseren —, daß seine eigene Auswanderung nicht ausreichen wird, den erweiterten Besitz durch großzügige Ansiedelung zu sichern. Dies wird um so weniger der Fall sein, als man in den nächsten Jahrzehnten in erster Linie daran denken wird, gewonnene Grenzgebiete durch deutsche Ansiedelung zu stärken. Da wird unser Volksüberschuß gerade recht kommen. Für eine rasche und gründliche Anpassung der aus unserem Gebiete kommenden Ansiedler an die deutsche Verwaltung und Ordnung wird ebenso gründlich gesorgt werden, wie es in den Vereinigten Staaten von Amerika für die dortige Staatsordnung geschieht. Geht es dann den Angesiedelten gut, finden sie in den Kolonien eine neue Heimat, so wird das Zusammengehörigkeitsgefühl der in der Zoll- und Wirtschaftsgemeinschaft vereinten Bevölkerungen auf das wohltätigste gefördert werden. „Menschen sind der größte Reichtum", hat einst ein preußischer König seinem Sohne zugerufen, als er sich der vertriebenen Salzburger angenommen hatte. Das gilt auch heute noch, heute mehr denn je. Menschen schaffen Reichtum, Reichtum Macht und nur mit Macht, mit gewaltiger Macht können wir den Bestand unserer kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Errungenschaften aufrechterhalten. Seither haben wir diesen Reichtum verschleudert, nur durch die starke Auswanderung ist unsere Bevölkerungsziffer unter die des Deutschen Reiches gesunken. Aus Österreich-Ungarn wanderten im statistischen Jahre 1912/13 255 000 Menschen aus, davon aus Österreich 137 000, aus Ungarn 118 000, die in der Heimat keine oder doch keine genügend lohnende Beschäftigung fanden. Der Geburtenüberschuß im Jahre 1900 betrug nicht ganz 500 000, gut die Hälfte davon ging der Monarchie durch Auswanderung verloren. Wird nach der Einigung mit dem Deutschen Reiche die dann noch stattfindende Auswanderung in die deutschen Kolonien abgelenkt, so ist sie uns nicht mehr verloren, und werden infolge des zugleich eintretenden wirtschaftlichen Aufschwunges die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten auch im Inlande günstiger, so werden die Lockungen von jenseits des großen Wassers ihre gegenwärtige Zugkraft verlieren.

Handel und Verkehr. Unser Handel und Verkehr wird einem mächtigen Aufschwunge entgegengehen. Nach dem Zusammenschlusse wird es sich so recht zeigen, daß unsere geographische Lage nicht ungünstig ist, sondern daß sie im Gegenteil ganz

außerordentliche Vorteile bietet. Nicht Berlin wird den wirtschaftlichen Mittelpunkt des künftigen Imperiums bilden, sondern Wien und Ofen-Pest, die im Herzen des Gesamtgebietes liegen. Von diesen beiden Mittelpunkten aus erstrecken sich die Handelsmöglichkeiten über Süddeutschland an die westlichste Grenze, über Frankfurt den Rhein entlang an die westliche Nordsee, über Berlin nach der jütischen Halbinsel, über Mähren und Ostdeutschland an die Ostsee und nach Kurland, nach Osten in die Ukraine, über den Balkan und Konstantinopel nach Kleinasien und über Triest ans Mittelmeer und in die afrikanischen Kolonien. Fürwahr, dem Handel bieten sich Möglichkeiten, wie sie selbst im Reiche Karls V. nicht bestanden haben.

Die Zolleinigung wird nicht nur unserem Handel von und ins Deutsche Reich beleben, Österreich-Ungarn wird sich dann ganz anders auf die Ausfuhr einstellen können. An die Stelle der seitherigen Menschenausfuhr wird eine Warenausfuhr treten, die sehr bald unserer passiven Handelsbilanz ein Ende bereiten wird.

„Die Völker der verbündeten Reiche kennen sich noch viel zu wenig", hat ein Redner auf der letzten Tagung des Österreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes in Wien sehr zutreffend erklärt. Wir haben die Menschen, ihr Wesen, ihre Einrichtungen, die geradezu großartigen Leistungen, die die Selbstverwaltungen der Städte hervorgebracht haben, viel zu wenig gewürdigt und selbst die Naturschönheiten in beiden Reichen sind zum großen Teil noch viel zu wenig gegenseitig bekannt. Infolgedessen konnte sich die Sucht nach Fremdtümelei auf verschiedenen Gebieten so breit machen. Wie wenig Reichsdeutsche kennen die österreichische Riviera oder die Adria, wie wenig Österreicher und Ungarn die vielen, abseits von den großen Reisestraßen liegenden Naturschönheiten, Städtebilder und hervorragenden geschichtlichen und architektonischen Denkwürdigkeiten der reichsdeutschen Lande! In dieser Richtung wird das kommende Wirtschaftsimperium unzweifelhaft gründlich Wandel schaffen, um so leichter, als das Reisen im heute feindlichen Auslande doch auf viele Jahre hinaus für Angehörige der Zentralmächte nicht gerade unter allen Umständen angenehm sein wird.

Kartelle. Nicht zu unterschätzen ist der Einfluß, der in einem so wesentlich vergrößerten Gebiete den Regierungen wirtschaft-

lichen Vereinigungen gegenüber erwachsen wird. Solche Vereinigungen sind im heutigen Wirtschaftsleben unentbehrlich und sie können sehr nützlich wirken, wenn sie von willensstarken Regierungen in vernünftigen Grenzen gehalten werden. Je kleiner ein Wirtschaftsgebiet ist, desto leichter wird es solchen Vereinigungen möglich, Einfluß auf die Regierungen zu gewinnen. Die Folge ist dann stets ein Hinauftreiben der Preise zum Schaden der Verbraucher. Kommt es zum Abschlusse neuer Handelsverträge, so pflegen gerade solche, längst überfütterte Verbände am stürmischsten, am geriebensten und leider auch am erfolgreichsten für Zollerhöhungen zu kämpfen. Wer gegen sie ist, wird dann als „Feind der Industrie" gebrandmarkt. In einem so großen Wirtschaftsgebiete, wie es das deutsch-österreichisch-ungarische Handelsimperium bilden wird, wird naturgemäß die Macht wirtschaftlicher Vereinigungen den Regierungen gegenüber wesentlich geringer sein. Sollte es einem Kartell gelungen sein, z. B. die Regierung in Ofen-Pest auf seine Seite gebracht zu haben, so wird immer noch Wien und Berlin standhalten und umgekehrt. Die regierungsseitige Beurteilung wirtschaftlicher Fragen wird allseits künftighin von weiteren Gesichtspunkten aus, denn seither, bestimmt werden. Es wird sich beispielsweise eine Regierung nicht so leicht wieder bereitfinden lassen, den Zuckerkartellen 15% Preiserhöhung zu bewilligen, um wenige Monate darauf mit einer mehr als 100prozentigen Erhöhung der schon vorher recht günstig gewesenen Erträgnisse der begünstigten Unternehmungen überrascht zu werden.

Ungarn. In Ungarn sind die landwirtschaftlichen und die am Holzreichtum dieses Landes beteiligten Kreise unzweifelhaft für das Wirtschafts- und Zollbündnis zu haben. Sie bilden die weitaus überwiegende Menge der Gesamtbevölkerung, lebt doch Ungarn noch immer zum allergrößten Teile von den Erträgnissen seines Bodens. Ihnen stehen die in den großen Banken zusammengeschlossenen Geldmächte gegenüber. Diese Mächte erwarten von einer gewaltsamen Industriezüchtung die größten Vorteile — für die eigene Tasche. Sie sind es, die gegen den ungehemmten Handel selbst innerhalb der österreichisch-ungarischen Monarchie zu Felde ziehen. Ihr nunmehr offen ausgesprochenes Ziel geht dahin, einen besonderen Zollschutz selbst gegen Österreich zu erlangen. Sehr zum Nachteil der unga-

rischen Gesamtbevölkerung, die dann nicht nur dem Staate, sondern auch den Industrieunternehmern in ungleich höherem Maße als seither zu steuern hätte. Ein Vertreter dieser Richtung[1]) führte aus, daß man sich logischerweise nicht auf den Standpunkt stellen könne, im kommenden mitteleuropäischen Wirtschaftsbunde dem österreichisch-ungarischen Gebiete einen besonderen Zollschutz dem mächtigen deutschen gegenüber zu gewähren, innerhalb des österreichisch-ungarischen Verbandes aber, dem viel schwächeren Ungarn einen ähnlichen Sonderschutz zu versagen. Dr. Gratz hat ganz recht, ein solches Verfahren wäre nicht folgerichtig. Man dürfte nur nicht beim Zollschutze für Ungarn stehenbleiben, denn mit der gleichen Begründung wie Ungarn von Österreich kann auch das mit Ungarn verbundene Königreich Kroatien und Slawonien einen Zollschutz gegen das wirtschaftlich weitaus überlegene Ungarn fordern. Man sieht, wohin das Beginnen, innerhalb eines gemeinsamen Wirtschaftsgebietes Sonderzollinien zu errichten, führen muß, es macht letzten Endes alle guten Wirkungen des Zusammenschlusses hinfällig. Ungarn braucht sich durchaus nicht Industrien zu wünschen, für die ihm die natürlichen Voraussetzungen fehlen. Die Beseitigung der Zölle und in der Folge die außerordentliche Erweiterung der Absatzmöglichkeiten bedeuten für diesen Staat eine wesentlich wirksamere wirtschaftliche Förderung als die Einschränkung durch neue Zollinien. Bezüglich seiner Landwirtschaft gilt alles, was bezüglich der österreichischen Landwirtschaft angeführt wurde (s. S. 21/2). Wenn einst die ungarischen Hölzer frei nach dem Deutschen Reiche gehen, wenn die Holzverarbeitung nicht mehr gehindert wird, dann wird ganz von selbst um die reichen ungarischen Wälder herum eine lebhafte, alle denkbaren Entwicklungsmöglichkeiten für sich habende, Holzindustrie erblühen, von der rohen Schneidemühle an bis zur allerfeinsten Holzverarbeitung. Es werden Werke für Holzmassenwaren, für Fässer und Kisten, für Zellstofferzeugung, Papierfabrikation usw. entstehen, ohne daß es einer staatlichen Hilfe bedarf. Daran können sich Maschinenfabriken für deren Antriebs- und Herstellungszwecke entwickeln, vorausgesetzt, daß ihnen nicht durch teueres Eisen von vornherein die Lebensmöglichkeit unterbunden wird.

[1]) Dr. Gratz aus Ofenpest auf der Junitagung 1915 des Österreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes in Wien.

Ebensowenig als Preußen daran denkt, im rheinisch-westfälischen Industriegebiete eine Spiritus-, Zucker- oder Holzindustrie mit dem dazugehörigen Drum und Dran künstlich zu entwickeln, sollte man in Ungarn eine mächtige Schwerindustrie auf unzureichender Grundlage hervorzaubern wollen. Für solche von vornherein unfruchtbare Wirtschaftsexperimente sind die kommenden Zeiten ganz und gar nicht angetan.

Das Entstehen des Mitteleuropäischen Wirtschafts- und Zollbundes wird das Verhältnis Österreichs zu Ungarn keineswegs erschweren oder gar lockern. Man wird künftig nicht mehr von zehn zu zehn Jahren miteinander abschließen, sondern ein für allemal. Was wegen der Zeitdauer des Bündnisses zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich-Ungarn gesagt wurde (S. 21), gilt durchaus auch für den Abschluß zwischen Österreich und Ungarn. Muß und kann sich Kroatien-Slawonien auf die Dauer mit Ungarn vertragen, kann sich die Gesamtmonarchie auf die Dauer wirtschaftlich mit dem Deutschen Reiche zusammentun, ohne auch nur ein Titelchen ihrer staatlichen Hoheitsmacht aufzugeben, so werden auch Österreich und Ungarn endlich einmal auf die Dauer zueinander Stellung nehmen können. An Selbständigkeit wird Ungarn dabei gar nichts verlieren, im Gegenteil, es wird in dieser Vereinigung ganz als gleichwertige Macht zur Geltung kommen ebenso wie Österreich oder das Deutsche Reich.

In einer Schrift von Dr. E. Palyi[1]), Chefredakteur des Budapesti Naplo, in der die Vorzüge eines Anschlusses an Deutschland nachgewiesen werden, wird u. a. gesagt[2]):

„Auch unsere Zölle überschreiten zum großen Teile die Grenze, bis zu der sie der Produktion Schutz gewähren sollen; zumeist dienen sie nur mit der einen Hand den wahren Interessen der Produktion, während die andere in die Taschen der Konsumenten greift."

An einer anderen Stelle[3]):

„Wir streben die geschäftliche Verbindung mit dem Deutschen Reiche auch deshalb an, weil wir den Weg suchen, auf dem die Herrschaft des sitt-

[1]) E. Palyi, „Deutschland und Ungarn", S. Hirzel, Leipzig.
[2]) Dieselbe Quelle S. 35.
[3]) Dieselbe Quelle S. 37.

lichen Bewußtseins in unserem Lande endgültig hergestellt werden kann."

Wenn so gewichtige Stimmen mit so außerordentlich schwerwiegender Begründung im Sinne einer Einigung mit Deutschland sprechen, so braucht man nicht mit einem unüberwindlichen Widerstand der Ungarn zu rechnen. Ist aber die Einigung zustande gekommen, so wird sie auf Österreich und Ungarn wie ein Schwerstein wirken, der beide Teile am Auseinanderfallen hindert.

Bosnien und Herzegowina. Ein wirklich einheitliches Wirtschafts- und Zollgebiet wird insbesondere die Eingliederung der gegenwärtigen alten österreichisch-ungarischen Reichslande Bosnien und Herzegowina erleichtern, er wird ebenso dem staatsrechtlichen Anschlusse etwa sonstiger im Norden, Süden oder Osten uns zufallender Gebiete die größten Schwierigkeiten von vornherein nehmen. Aus naheliegenden Gründen kann aber dieser Seitenweg zur Zeit noch nicht weiter verfolgt werden.

Allgemeine Wirkung. Im Rahmen dieser Schrift konnten die in Aussicht stehenden segensreichen Wirkungen einer Zoll- und Wirtschaftseinigung nur beiläufig angedeutet werden, in ihrem vollen Umfange sind sie überhaupt noch gar nicht zu überblicken. Man kann sich aber ein annäherndes Bild davon machen durch die Vorstellung, diese Gemeinschaft würde schon seit den Zeiten des Deutschen Bundes bestehen, seit der Zeit also, wo sie von unserem, damals noch jugendlichen Kaiser mit Nachdruck angestrebt, von Preußen aber aus politischen Gründen hintertrieben wurde. Wir hätten zweifellos den ungeheueren Aufschwung Deutschlands auf allen Gebieten unseres Wirtschaftslebens mitgemacht, und unsere Volkswirtschaft würde gewiß auf einen ähnlich fest gegründeten Reichtum blicken können. Oder will man wirklich allen Ernstes behaupten, infolge unserer „ungünstigen geographischen Lage", unserer „dünnen Besiedelung", „der geringen Leistungsfähigkeit unserer Arbeiter" und ähnlicher Ausflüchte mehr, wären wir dennoch zurückgeblieben, so weit zurückgeblieben, als es tatsächlich der Fall ist?

Gefahren. Die Zolleinigung wird selbstredend auch da und dort einem Unternehmen, das seither auf Grund der Abschließung gegen das Deutsche Reich besonders gedieh — auf Kosten der Verbraucher! —, Schaden bringen, und es wird Jahre brau-

chen, bis sich alles den neuen Verhältnissen angepaßt hat. Solche Schäden sind leider unvermeidlich, sie treten aber auch beim Abschlusse eines jeden neuen Handelsvertrages ein. Auch der Bau unserer Bahnen hat manche Unternehmungen geschädigt, die Landstraßen sind seither fast verödet, wer möchte aber deshalb die Bahnen missen? Ohne Opfer geht es nun einmal nicht, im übrigen wird der allmähliche Abbau der Zölle auch für solche Unternehmungen die Anpassung wesentlich erleichtern. Am ausgiebigsten, ungerechtfertigtsten und für die große Mehrheit am schädlichsten war seither unsere Schwerindustrie geschützt. Die großen Werke — es sind ihrer nur noch 16 — werden nach dem Wegfall des Zolles auf deutsches Eisen ihre Preise beträchtlich ermäßigen müssen und damit zunächst wohl geringere Erträgnisse erzielen. Das wird sich durch sparsamere Verwaltung, z. B. Aufgabe der üppigen Generaldirektionen in Wien, weitere Verschmelzungen, weitere Gliederung der Erzeugung und durch Kartelle mit der deutschen Industrie zum großen Teile recht bald hereinbringen lassen. Hier spielen schließlich die Begabung, Fähigkeit und Tüchtigkeit der leitenden Männer eine geradezu ausschlaggebende Rolle. So ist es der machtvollen Persönlichkeit Ernst Fromm d. J. gelungen, die lange Jahre mit großen Schwierigkeiten kämpfende bayerische Maxhütte zu hervorragender Bedeutung zu bringen. Unter seines Vaters und seiner hervorragenden Leitung wurde das vor wenig Jahrzehnten schon zur Aufgabe verurteilte Werk zu großartiger Entwicklung gebracht, der in einem Reingewinne von acht Millionen Mark im letzten Geschäftsjahre zum Ausdruck kam. Daß nun Bayern für die Pflege der Eisenindustrie günstiger gelegen sei als unser Böhmen, wird gewiß niemand behaupten. Ähnliche Beispiele lassen sich auch aus unserem Wirtschaftsgebiete anführen. Die Prager Eisenindustriegesellschaft, die vorher gar nicht vorankommen wollte und sozusagen nicht leben und nicht sterben konnte, brachte es unter der Leitung Wilhelm Kestraneks zu einer der ersten Stellungen in unserer Schwerindustrie und im abgelaufenen Geschäftsjahre zu 9,4 Millionen K Reinerträgnis = 24% des Aktienkapitals bei gleichzeitigen großen Vorträgen ins neue Geschäftsjahr. Wo wir bei uns und im Deutschen Reiche hinsehen, und gleichviel um welche Art Industrie es sich handelt, finden wir, daß die Entwicklung zu wirklicher Größe stets mit den Leistungen

einer hervorragenden Persönlichkeit zusammenhing. Es wird auch künftighin so gehen, um so leichter, als unsere Schwerindustrie mehr als alle anderen Industrien Einfluß bei den maßgebenden Stellen hat, die für Abhilfe seither bestehender Schwierigkeiten sorgen können.

Gefährdung unserer staatlichen Selbständigkeit. Von den Gegnern der Zolleinigung wird die Befürchtung vorgeschützt, sie würde uns in wirtschaftliche und schließlich in politische Abhängigkeit vom Deutschen Reiche bringen. Gerade das Gegenteil ist richtig. Unser wirtschaftlicher Einfluß im Zollbunde wird in dem Maße erstarken, als wir wirtschaftlich vorankommen. Schließlich geben die beiden Vertragsfreunde, das Deutsche Reich und Ungarn, und etwa andere sich noch anschließende Staaten ebensoviel von ihrer wirtschaftlichen Selbständigkeit auf wie wir. Und was unsere politische Unabhängigkeit betrifft, so wird sie eine wesentliche Stärkung erfahren, da das Schwergewicht des deutschen Interesses politisch wie wirtschaftlich dem Orient näher rücken wird. Dadurch wird sich von selbst infolge unserer glücklichen geographischen Lage, geschichtlichen Vergangenheit und künftigen weltpolitischen Ziele die politische Bedeutung unserer Monarchie innerhalb und außerhalb des Bundes mit dem Deutschen Reiche stetig heben. Das ureigenste Interesse des Deutschen Reiches erfordert ein politisch und staatlich durchaus selbständiges Österreich-Ungarn; man könnte uns auch in der Form eines Bundesstaates im deutschen Staatsverbande ganz und gar nicht brauchen. Das Deutsche Reich dürfte durch den Krieg sowieso da und dort einen Zuwachs nichtdeutscher Staatsbürger gewinnen, und es wird genug Arbeit haben, sie seiner durchaus deutschvölkischen Gliederung entsprechend sich richtig einzuordnen. Wir haben gleiche Aufgaben, die uns etwa erwarten, von anderen Gesichtspunkten aus zu zu lösen. Die Schwierigkeiten und Mühen mit einem Völkergemisch von über 30 Millionen Madjaren, Polen, Ruthenen, Tschechen, Slowaken, Slowenen, Italienern, Rumänen, Romanen, Ladinern, Kuzzowallachen, Serben, Kroaten, Tschitschken und Morlaken zusammen leben und arbeiten zu müssen, überläßt das Deutsche Reich von Herzen gerne und für alle Zukunft uns Österreichern. Auch für den Vorschlag, Österreich ohne Ungarn und ohne Galizien sich anzugliedern, wäre das Deutsche Reich nie-

mals zu haben, die Tschechen, Italiener, Romanen, Ladiner und Südslawen würden zu sehr das einheitliche Gefüge des Reiches stören. Zudem wären trotz aller Unabhängigkeitsbestrebungen auch die Ungarn niemals für einen solchen Plan zu gewinnen. Sie wissen gut genug und haben es seit dem Kriegsbeginne deutlich genug erkennen gelernt, was ein allein stehendes, selbständiges Ungarn bedeuten würde: Nicht mehr als einer der Balkanstaaten, Bulgarien, Rumänien oder Griechenland. Da lebt es sich doch noch besser in der Ehe mit den verflixten Schwaben.

Die Bevölkerung im allgemeinen. Außer den in den großen Industrie- und Landwirtschaftsverbänden vereinigten Kreisen haben wir noch breite Volksschichten, für die die Entscheidung über unsere künftige wirtschaftliche Entwicklung ungeheuer wichtig ist. Es ist dies der mittlere Gewerbestand, der kleine Bauernstand, die große Masse der Festangestellten, die gesamte Arbeiterschaft, die alle unter die Gesamtbezeichnung der Verbraucher fallen. Diese Massen beginnen schon, sich über die ungeheueren Folgen der bevorstehenden wirtschaftlichen Entscheidungen für ihr künftiges Wohl oder Wehe klar zu werden. Unsere Kleinhandelspreise sind viel zu hoch, die schmarotzenden Einkommen aller Art spielen eine viel zu große Rolle, wenig Überreichen steht ohne eine Brücke wirklich wohlhabender Bürgermassen die große Menge der Besitzlosen mit einer nur allzu dürftigen Lebenshaltung gegenüber. Die Verbraucher können darum keine Einschränkung des Marktes, von dem sie Nahrung, Kleidung und alles zum Lebensunterhalt Erforderliche beziehen, wünschen. Sie verstehen sehr wohl, daß die Industrie zum Wohle der Allgemeinheit geschützt und gefördert werden muß, wo immer es angeht. Sie wollen aber keine Schutzmaßregeln, die nur die Wirkung haben können, die große Menge zugunsten weniger einzelner Bevorzugter zu besteuern. Die Steuern sollen im vollen Umfange der Öffentlichkeit zugute kommen. Der Reichsratsabgeordnete Kemetter fragte darum auf der letzten Tagung des Österreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes sehr berechtigt: „Sollen sich die mittleren und kleinen Leute etwa davor fürchten, daß durch eine wirtschaftliche Annäherung an das Deutsche Reich auch unsere Preise den Preisen angenähert werden, wie sie bei unserem Bundesgenossen bestehen?“

Die große Masse der Bevölkerung erwartet vom entstehenden Wirtschafts- und Zollbunde eine Befruchtung unseres Staats- und Kulturlebens durch Herüberströmen deutschen Geistes. Für unsere Verwaltung bedeutet es eine außerordentliche Verbesserung, wenn der Geist der Zucht und Ordnung, des Zielbewußtseins, der Planmäßigkeit, der Sachlichkeit, der Geist, der im Deutschen Reiche alle Zweige des Lebens so ausgezeichnet zu organisieren verstanden hat, auch bei uns von oben bis unten einzieht. Eine solche Beeinflussung durch deutsche Tüchtigkeit wird unsere staatliche Selbstherrlichkeit nicht im geringsten antasten, sie wird uns aber rasch und mächtig vorwärts bringen.

Auch die nichtdeutsche Bevölkerung wird es nur vorteilhaft empfinden, wenn dieser deutsche Geist auf sie wirkt. Der ungarische, tschechische, polnische usw. Arbeiter, Gewerbetreibende und Bauer wird davon geradesoviel Vorteil haben wie der deutsche und braucht ganz und gar nicht zu befürchten, daß dadurch sein Volkstum angetastet werde. Dieser sogenannte „kleine Mann" hat freilich fast keinen unmittelbaren wirtschaftlichen Einfluß, er wird nicht herangezogen zu Zollverhandlungen, zu den Besprechungen über den Abschluß wirtschaftlicher Verträge usw., er wäre dazu auch nicht sachverständig genug, er hat aber eine außerordentliche mittelbare Macht in der Tasche, ein Dokument, das ausschlaggebend sein wird am Tage des Gerichtes, den Stimmzettel.

Der Aufbau des Bündnisses.

Die Zollordnung. Um das Wirtschaftsbündnis auszubauen und mit dritten Staaten Handelsverträge abschließen zu können, ist es erforderlich, das österreichisch-ungarische und das deutsche Zollwesen miteinander in möglichste Übereinstimmung zu bringen. Zu dem Zwecke ist in erster Linie für ein einheitliches, d. h. gemeinsames Zollschema zu sorgen. Schon heute ist das österreichisch-ungarische Schema dem deutschen, seinem Aufbaue wie seiner Gliederung nach nahe verwandt. In beiden Listen erscheinen weitgehend gegliederte Warentarife, beide haben verhältnismäßig wenig Wertzölle. Ein gemeinschaftliches Schema läßt sich ohne Künstelei, ohne Schädigung für die eine oder andere Seite gewinnen, indem man zunächst aus beiden Tarifen die schon heute gemeinsamen Posten herauszieht und dem neuen Tarife

zugrunde legt. Wo eine der beiden Listen eine weitergehende Gliederung (Spezialisierung) aufweist, wird diese dem neuen Verzeichnisse zugrunde gelegt. Besteht für irgendeine Ware in einem Tarife ein allgemeiner (Wert-) Zoll, im anderen ein Warenzoll, so wird der Warenzoll, als der genauere, in das gemeinsame Schema übernommen. Die dann noch übrigbleibende verhältnismäßig geringe Zahl von Wertzöllen bildet kein Hindernis, da sie schon bisher gemeinsam waren.

In ähnlicher Weise läßt sich das so gewonnene Zollschema oder Warenverzeichnis mit gemeinsamen Zollsätzen ausstatten. Die österreichisch-ungarischen Zölle sind im allgemeinen höher als die deutschen. Da es sich nach Schaffung eines mitteleuropäischen Wirtschaftsbundes um einen weitaus wirksameren Schutz der Innenerzeugung handeln wird als vordem, dürfte von deutscher Seite kaum ein unüberwindlicher Einspruch gegen die allgemeine Erhöhung der Zölle auf den österreichischen Stand zu gewärtigen sein. Aus dem gleichen Grunde wird man in Österreich-Ungarn nichts dagegen haben, die wenigen Posten zu erhöhen, die im deutschen Tarife höher bemessen sind. Man wird demnach dem vertragslosen Ausland gegenüber für Waren, die seither von Österreich-Ungarn und vom Deutschen Reiche verschieden belastet waren, die höheren Zollsätze zur Anwendung bringen. Ein derart zustande gekommener Zolltarif trüge zugleich die Gewähr in sich, daß alle bestehenden Finanzzölle aufrechterhalten blieben und die Gegenstände der Monopole am seitherigen Schutze nichts einbüßen würden.

Die Frage der Monopole scheint auf den ersten Blick recht belangreiche Schwierigkeiten zu bieten. Erwägt man aber, daß nach dem Kriege in beiden Staaten neue Monopole mit Gewißheit zu erwarten sind, so zeigt sich auch schon ein gangbarer Weg, der uns aus den Schwierigkeiten herausführen kann. Es braucht nur jeder Staat die Monopole des anderen, die er noch nicht hat, bei sich einzuführen, worauf weitere Monopole von beiden Staaten nur noch zu gleicher Zeit und im gleichen Umfange eingeführt werden.

Nebst dem Zolltarife für das vertragslose Ausland wird auch ein Vertragszolltarif aufzustellen sein für Staaten, mit denen wir in ein wirtschaftliches Vertragsverhältnis treten werden. Die Ermäßigungen und besonderen Begünstigungen dieses Tarifes

können von Fall zu Fall mit Hilfe der im nächsten Abschnitt zu erörternden Körperschaften festgesetzt werden.

Von wesentlichem Einflusse auf die Zollverhältnisse ist das Finanzwesen, insbesondere die Valuta beider Staaten. Der Krieg hat schon eine Grundlage für die Vereinheitlichung der beiderseitigen Währungen geschaffen. Der Goldschatz der Österreichisch-ungarischen Bank war schon vor Ausbruch des Krieges oft größer als der der deutschen Notenbanken. Infolge der Einstellung der Barzahlungen während des Krieges sind beide Staaten zur Goldkernwährung gelangt. Auf ihrer Grundlage und mit Hilfe der zu erwartenden Kriegsentschädigungen wird es nicht schwer sein, den gegenseitigen Kurs durch Abmachungen zwischen den in Frage kommenden staatlichen Geldinstituten dauernd festzulegen, falls man sich in Österreich-Ungarn nicht dazu entschließen kann, den besten und einfachsten Weg zu gehen und die Markwährung anzunehmen, die geradeso wie ein etwaiger fester Verhältniskurs der Mark- und Kronenwährung zu sichern wäre. Ein Muster für solche Einigung, das freilich in mehr als einer Beziehung verbesserungsfähig ist, bildet die lateinische Münzeinigung mit der Frankenwährung.

Eine weitere schwierige Frage betrifft die Verteilung der gemeinsamen Zolleingänge. Der voraussichtliche Ausfall infolge Verschwindens der Zollinie gegen das Deutsche Reich ist durchaus nicht so groß, als oft angenommen wird. Der gesamte tatsächliche Zollertrag Österreich-Ungarns betrug im Jahre 1913 237 274 220 Kronen, einschließlich 82 626 594 Kronen, die für die Wareneinfuhr aus dem Deutschen Reiche eingenommen wurden. Der Anteil des deutschen Verkehrs am Gesamtzollertrage betrug demnach noch nicht ganz 28%. Erwägt man, daß der Abbau der deutschen Zollinie allmählich erfolgen soll, daß unmittelbar nach Friedensschluß eine außerordentliche Belebung des Verkehrs zu erwarten ist und während der Übergangszeit das Gesamtzollerträgnis auf Grund unserer allgemeinen Wirtschaftsentwicklung nach dem Zusammenschlusse unzweifelhaft sehr beträchtlich in die Höhe gehen wird, so wird man erkennen, daß von einem Ausfalle überhaupt zu keinem Zeitpunkte die Rede sein kann. Es handelt sich demnach nur darum, das gemeinsame Gesamtergebnis richtig zu verteilen.

Alle Glieder des Wirtschafts- und Zollbündnisses müssen auf das lebhafteste die ungeschmälerte Erhaltung ihrer Wehrkraft

wünschen. Ist es in Anbetracht dessen nicht am naheliegendsten, die Zolleinnahmen in erster Linie zur Erhaltung der Wehrkraft, des Heeres und der Flotte zu verwenden? Man verteile den Ertrag im Verhältnis zu den Aufwendungen eines jeden Staates für seine Wehrmacht und wird damit die wirkungsvollste Anregung geben, mit den Bewilligungen für diese allerwichtigsten Staatshaushaltsposten nicht knickerig zu sein und so in der Folge der gemeinsamen Sicherheit und Wohlfahrt einen ungeheueren Dienst leisten.

Zoll- und Handelsbehörden. Zur Durchführung und Aufrechterhaltung des Bündnisses ist eine Zentralstelle erforderlich, die die handelspolitischen Beziehungen zwischen den drei Staaten dauernd in Ordnung hält. Diese Stelle kann, da die staatliche Selbständigkeit der das Bündnis eingehenden Staaten auf keinen Fall berührt werden darf, keine endgültig beschließende Behörde sein, sie soll aber alle Vorarbeiten leisten, die sich auf die wechselseitigen wirtschaftlichen Maßregeln und auf die Führung der gemeinsamen Handelspolitik beziehen, um so die Regierungen zu befähigen, richtig begründete Entscheidungen zu treffen. Die Zentralstelle wäre mit deutschen, österreichischen und ungarischen, von den betreffenden Regierungen zu ernennenden Vertretern zu beschicken. Da schon bisher wiederholt österreichische und ungarische Bevollmächtigte mit Vertretern dritter Staaten unmittelbar verhandelten, wird man in einer solchen Einrichtung keine Preisgabe staatlicher Hoheitsrechte erblicken können. Es wird sich nur um wirtschaftliche Aufklärung im großen handeln, um die Darstellung und Geltendmachung der besonderen Wünsche und Bedürfnisse der einzelnen Vertragsstaaten, was auf anderem Wege wohl kaum in der erwünschten Vollkommenheit zu erreichen wäre. Die Stelle hätte abwechselnd in Wien, Berlin und Ofenpest zu tagen.

Die Hauptaufgabe der Stelle wird die Beratung aller zolltechnischen Fragen sein, die Aufstellung des Zollschemas und Zolltarifes, die Regelung und der Abbau der Zwischenzollinie, die Begutachtung der Rückwirkung der sozialen und wirtschaftlichen Gesetzgebung des einen Staates auf den anderen, die Vorberatung von Handelsverträgen mit dritten Staaten, kurz das gesamte Gebiet der gemeinschaftlichen Wirtschaftspolitik. Der Wirkungskreis der Zentralstelle ist gesetzlich festzulegen, so daß ihre Tätigkeit einen ständigen behördlichen Charakter erlangt. Die Stelle wird in ihren einzelnstaatlichen Gliederungen dem verantwort-

lichen Leiter der Gesamtpolitik beider Vertragsstaaten, im Deutschen Reiche dem Reichskanzler, in Österreich-Ungarn entweder dem gemeinsamen Minister des Äußeren oder den Ministerpräsidenten in Österreich und in Ungarn unterstellt. Die Unterstellung unter den gemeinsamen Außenminister hätte den Vorteil, ein durchaus übereinstimmendes Auftreten der österreichischen und ungarischen Vertreter zu verbürgen.

Im Laufe der Verhandlungen wird die Arbeitsmenge wohl sehr rasch so überwältigend werden, daß sie weder von der Gesamtheit der die Zentralstelle bildenden Vertreter, noch von den Abordnungen der Vertragsstaaten für sich bewältigt werden kann. Man wird dann zur Berufung von Beiräten schreiten, aus facherfahrenen Männern, deren Kenntnisse, Ruf und insbesondere Unabhängigkeit eine erfolgreiche Wirksamkeit verbürgen.

Gemeinsames Vorgehen dritten Staaten gegenüber. Das gemeinsame Gebiet Österreich-Ungarns und des Deutschen Reiches bietet noch nicht vollkommen alle die Vorbedingungen für ein unabhängiges weltwirtschaftliches Dasein. Erst wenn die Brücke nach Asien und Afrika geschlagen ist, wenn wir uns den Balkan und die Türkei in einer allen Teilen nutzbringenden Form angeschlossen haben, werden wir ein unabhängiges Weltwirtschaftsgebiet bilden, können wir auf Jahrhunderte hinaus unserer wirtschaftlichen Entwicklung getrost entgegensehen. Neben diesen wichtigsten Vereinbarungen werden auch mit den heute uns feindlichen Staaten Verträge zu einer Wiederaufnahme und erträglichen Entwicklung des gegenwärtigen unterbundenen Verkehrs abgeschlossen werden müssen. All diesen Aufgaben müssen wir gerüstet entgegentreten, gerüstet sowohl in der Richtung zu wissen, was wir wollen, als auch wie wir es zu erreichen hoffen. Die Voraussetzung für beides ist der vorhergehende Zusammenschluß Österreich-Ungarns und Deutschlands. Die Ereignisse überstürzen sich, wir haben keine Zeit zu zögern. Mögen die beteiligten Regierungen **sofort** daran gehen, tatkräftig und zielsicher ihre Vorbereitungen zu treffen. Mit dem Beraten allein ist's nicht getan! Möge, wie einer der hervorragendsten österreichischen Staatsmänner kürzlich geschrieben hat, der historische Augenblick der wirtschaftlichen Erneuerung der österreichisch-ungarischen Monarchie kein zweifelndes und kleinmütiges Geschlecht finden!

Druck der Spamerschen Buchdruckerei in Leipzig.

PLEASE DO NOT REMOVE
CARDS OR SLIPS FROM THIS POCKET

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

HF
2103
I7

Irresberger, Carl
Das Deutsch-Usterreichisch-Ungarische Wirtschafts- und Zollbündnis